Das DDR-Grenzregime und seine Folgen. Die Maßnahmen im Hinterland

1. Einleitung
2. Die DDR-Ministerratsverordnung vom 26. Mai 1952 und die unmittelbaren Folgen
  - 2.1. Die Verordnungen vom 26. und 27. Mai 1952
  - 2.2. Aktion „Ungeziefer“ – Vorbereitung
  - 2.3. Aktion „Ungeziefer“ – Durchführung
3. Die Folgen des verschärften Grenzregimes nach dem Bau der Berliner Mauer
  - 3.1. Vorbereitungen im Parteiapparat
  - 3.2. Aktion „Festigung“ – Vorbereitung
  - 3.3. Aktion „Festigung“ – Durchführung
  - 3.4. Berlin
4. Die Folgen der Zwangsaussiedlung für die Opfer
  - 4.1. Die unmittelbaren Folgen nach der Aussiedlung
  - 4.2. „Festigung“ – ein Planspiel von Teilen des NVR?
5. Rehabilitierung und Entschädigung
  - 5.1. Der Kampf um gesetzliche Regelungen
  - 5.2. Mängel in den geltenden gesetzlichen Regelungen
    - 5.2.1. Das Vermögensgesetz
    - 5.2.2. Das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz
      - 5.2.2.1. Gesundheitliche Beeinträchtigung und berufliche Benachteiligung
      - 5.2.2.2. Vermögensrechtliche Folgeansprüche
6. Das Leben im Grenzgebiet
  - 6.1. Das Jahr 1952
  - 6.2. Von 1961 bis zur Wende in der DDR
  - 6.3. Das Leben im ehemaligen Grenzgebiet nach der Wende
  - 6.4. Beispiel: Die Stadt Dömitz an der Elbe
7. Empfehlungen

Abkürzungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

Zusammenfassung

1. Einleitung

Fast 45 Jahre lang lief mitten durch Deutschland, von der Lübecker Bucht bis an die Grenze Bayerns nahe Hof eine mehr als 1.300 km lange Grenzlinie. Nach Kriegsende als Demarkationslinie zur sowjetischen Besatzungszone festgelegt und ab 1961 von östlicher Seite zur „Staatsgrenze West“ deklariert, avancierte sie ebenso wie Grenzanlagen und Mauer um West-Berlin durch ein ausgeklügeltes System von pioniertechnischen Anlagen und Kontrollen zur fast perfekten Absperrvorrichtung. Glaubt man der östlichen Propaganda, so wurde 1952 ein „besonderes Regime“ an der innerdeutschen Grenze geschaffen, um zu verhindern, daß von außen Feinde in das Gebiet der DDR eindringen.

Sechs Jahre nach dem friedlichen Untergang der DDR sind die Wunden, die diese Grenze erzeugt hat, noch längst nicht verheilt: Angehörige und Freunde trauern um die Toten, die sie hervorbrachte, Verletzte und ihre Familien leiden unter den Folgen, die Minendetonationen und gezielte Schüsse verursacht haben. Viele, deren Fluchtvorhaben scheiterte, die „Beihilfe“ geleistet, bei einer Fluchtvorbereitung geholfen oder diese nicht angezeigt haben, landeten in DDR-Haft und haben deren Folge noch lange nicht überwunden, genausowenig wie die Familien, die in entwürdigender Art und Weise zwangsweise aus dem mehr als 5 km breiten Sperrgebiet aus- und im Hinterland der DDR angesiedelt worden sind.

2. Die DDR-Ministerrats-Verordnung vom 26. Mai 1952 und die unmittelbaren Folgen

2.1. Die Verordnungen vom 26. und 27. Mai 1952

Bereits am 5. Mai 1952, als sich die baldige Unterzeichnung des Generalvertrages (Deutschlandvertrag) abzeichnete, war von den Sowjets detaillierte Weisung gekommen, an der Grenze der DDR zur Bundesrepublik ein besonderes, dreifach gestaffeltes Regime zu errichten. Neben zahlreichen Restriktionen in diesem Gebiet sahen die sowjetischen Weisungen vor, nur aus dem „500-m-Schutzstreifen“ neu hinzugezogene Personen, „reaktionäre Kräfte sowie als Grenzschieber und Spekulanten bekannte Personen“ ins Hinterland umzusiedeln, „Alteingesessene“ sollten wohnen bleiben.¹

Wenig später wurde die Grenzpolizei nach sowjetischem Vorbild dem MfS unterstellt und eine ausschließlich aus Mitgliedern der SED zusammengesetzte zentrale Regierungskommission berufen, deren Aufgabe in der Vorbereitung und Durchführung sämtlicher Maßnahmen bestand, die aus den sowjetischen Weisungen resultieren sollten. Den Vorsitz hatte Staatssicherheitsminister

¹ Bennewitz/ Potratz: Zwangsaussiedlungen, S. 17 ff und S. 221.

Wilhelm Zaisser. Weitere Kommissionen wurden in den fünf Ländern und in den 26 Grenzkreisen gebildet.

Am 26. Mai 1952 wurde in Bonn der Generalvertrag paraphiert. Unmittelbar danach trat in Ostberlin der Ministerrat zusammen und beschloß die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen“. Dieser Zeitpunkt war aus propagandistischen Gründen gewählt worden, aus organisatorischer Sicht sollte er sich als unvorteilhaft erweisen, da die Maßnahmen „unverzüglich“ in die Tat umzusetzen waren.

Die Präambel der Ministerratsverordnung bezieht sich direkt auf den Generalvertrag: Die Vorschläge der DDR über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages seien von der Bonner „Adenauer-Regierung abgelehnt (worden), die auf Weisung der (...) Besatzungsmächte sich anschickt, den Generalkriegsvertrag abzuschließen“ und – den Tatsachen widersprechend – an der Demarkationslinie einen strengen Grenz- und Zolldienst eingeführt habe.

Das MfS wurde beauftragt, „unverzüglich strenge Maßnahmen“ zu treffen, die das „Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen“ in die DDR verhindern sollten (§ 1). Der § 2 der Verordnung betont deren außenpolitische Zielrichtung und greift die Vorschläge der sowjetischen diplomatischen Noten von 1952 (z. B. Stalin-Note vom 10. März) wieder auf: Die Maßnahmen sollten reversibel angelegt werden, so „daß sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können.“ Am 9. Juni 1952 wurde die Verordnung erweitert – die Maßnahmen sollten nunmehr „generell“ das Eindringen verhindern, der NS-Begriff „Schädlinge“ wurde gestrichen, und ein zusätzlicher Paragraph regelte eine Bestrafung bei Verstoß mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bzw. 2.000 Mark Geldstrafe.²

Am 27. Mai (in Frankreich wurde der EVG-Vertrag unterzeichnet) trat – wiederum nur für das Gebiet an der innerdeutschen Grenze – eine von Zaisser unterzeichnete Polizeiverordnung in Kraft, die im Grenzgebiet als Plakat ausgehängt wurde und sämtliche Einzelheiten des Grenzregimes regelte.

Noch am 26. Mai begannen die Arbeiten an der Demarkationslinie. Unmittelbar an der Grenze, die bis dahin überwiegend nur durch Schilder gekennzeichnet war, wurden Stacheldrahtzäune gezogen und ein 10 m breiter „Kontrollstreifen“ angelegt. Daran schlossen sich ein „500-m-Schutzstreifen“ und die „5-km-Sperrzone“ an. Diese wurden gekennzeichnet und die Zufahrtsstraßen mit Schlagbäumen und Posten versehen, Einreise und Aufenthalt wurden reglementiert. Die letzten Verbindungswege zwischen der DDR und der Bundes-

2 GBl. DDR S. 451 f.

republik wurden unterbrochen, die Einwohner im Grenzgebiet registriert, und die erste Zwangsaussiedlungsaktion begann ohne größere Vorbereitung.³

2.2. Aktion „Ungeziefer“ – Vorbereitung

Eine Aktennotiz vom Mai 1952, wahrscheinlich resultierend aus einer Beratung der SED-Führung mit der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), hielt fest, es gehe um die „Säuberung der Grenzkreise von feindlichen, verdächtigen und kriminellen Elementen“.⁴ Unter den Decknamen „Ungeziefer“ und „Grenze“ begannen die Vorbereitungen für die Aussiedlungen. Ein entsprechender Befehl des MdI Nr. 38/52 über die Ausweisung aus „dem Bereich der Sperrzone“ wurde ebenfalls am 26. Mai 1952 wirksam, berief sich auf die Ministerratsverordnung vom selben Tage und regelte die gesamte Verfahrensweise, insbesondere die Kategorien der Auszusiedelnden. Diese waren einerseits so definiert, daß sie auf einen großen Teil der Bevölkerung zuträfen. Andererseits waren es solche, deren nennenswerte Existenz auf Grund der Tatsache, daß Mord mit der Todesstrafe oder „lebenslänglich“ geahndet werden konnte und im Grenzgebiet ein normaler Bevölkerungsdurchschnitt (weniger als 390.000 Einwohner) lebte, prinzipiell bezweifelt werden mußte: Diebe, Räuber und Mörder, die ihre Haft verbüßt hatten – mit zwei zusätzlichen Einschränkungen.

Für die Opfer aber hatte dies traumatische Folgen mit Langzeitwirkung. Zu ermitteln waren sie aus längst vorhandenen Unterlagen verschiedener Abteilungen der Polizei; dazu gehörten die Einwohnermeldekartei, „vorliegende polizeiliche Listen“, eine „Beschuldigten- und Verdächtigtenkartei“, „Anzeigetagebücher“ und „Unterlagen des Sektionsdienstes der Abteilung S“ (Schutzpolizei). Mit Mitarbeitern des ZK der SED besetzte „Operative Kommissionen“ entschieden endgültig, ob eine Familie ausgesiedelt wurde oder nicht.

2.3. Aktion „Ungeziefer“ – Durchführung

Polizisten in Uniform stellten den Ausweisungsbeschluß zu, der innerhalb von 48 Stunden umzusetzen war. Meist am zweiten Tag transportierten LKWs den wichtigsten Hausrat zum Bahnhof, wo ein halber Waggon zur Verfügung stand. Die Aktion war in Thüringen besonders brutal. Viele Familien wurden nachts mit dem Befehl überfallen und innerhalb von Minuten von Haus und Hof vertrieben, „damit das Verladen in einer Zeit, wo die übrige Bevölkerung noch schläft, geschieht“.⁵ Teilweise wurden dort Männer von Frauen und Kindern getrennt und in Viehwaggons abtransportiert. In drei thüringischen Orten

3 Bennewitz/Potratz, Zwangsaussiedlungen, S. 46 ff.

4 Ebenda, S. 28 f und S. 224.

5 Ebenda, S. 56.

gab es massiven Widerstand, der z. T. mit Hilfe der Sowjets gebrochen wurde.⁶

Sämtliche Züge fuhren in der Dunkelheit der Nacht sehr langsam und mit häufigem Halt. Ohne daß sich dafür Weisungen in den Akten finden ließen, wurden die Opfer einheitlich in allen fünf Ländern bis zuletzt über das Ziel im unklaren gelassen, was besonders beängstigend gewirkt hat, da sie fürchten mußten, daß es jenseits der Landesgrenzen liegt. Westdeutsche Medien hatten die Vermutung geäußert, Ziele der Transporte seien „Volkspolen“ oder Sibirien. Es stellten sich Assoziationen zu dem Vernichtungstransporten der Nazis ein, auch bei vielen Zurückbleibenden in den Abgangsbahnhöfen. Einige Familien aus Thüringen wurden bis nach Mecklenburg verschleppt, die meisten blieben im jeweiligen Land. Die Betroffenen aus dem kleinen brandenburgischen Grenzzipfel um Lenzen/Elbe wurden per LKW in die östlichen Regionen des Landes transportiert und hatten dadurch stets unmittelbaren Kontakt mit dem Begleitpersonal. Auch sie bekamen trotz ständiger ängstlicher Frage nach dem Ziel von den wohlinformierten Transportbegleitern keine Auskunft.

Die Aktion begann am 29. Mai, hatte am 6./7. Juni ihren Höhepunkt und war am 13. Juni nahezu abgeschlossen. Ausgesiedelt wurde aus dem gesamten Sperrgebiet und nicht nur aus dem 500-m-Streifen. Betroffen waren etwa 8.400 Personen⁷ (fast 2.400 Familien bzw. Einzelpersonen) und zwar gerade Alteingesessene. Mindestens fünf Menschen, ein Ehepaar aus Hirschberg und ein Ehepaar mit Sohn aus Sonneberg, haben sich noch vor den Abtransporten aus Furcht vor der Aussiedlung das Leben genommen.⁸

Auf den Zielbahnhöfen angekommen, wurden den Opfern meist katastrophale Unterkünfte zugewiesen – Räume, die nie oder lange nicht mehr als Wohnraum, sondern als Lagerraum für Futtermittel, Maschinen oder als Viehstall gedient hatten und in die ein Einheimischer sieben Jahre nach Kriegsende niemals eingezogen wäre. Eine Akte aus dem SED-Archiv, angelegt am 7. Juni 1952, bestätigt sogar: „Es schlafen hier (in Sachsen-Anhalt) noch Familien in Schweineställen auf Stroh.“⁹

Anfänglich hat manch Opfer in der verzweifelten Lage Kraft geschöpft durch die Hoffnung, bald in ihre Heimat zurückzukommen. In Übereinstimmung mit dem Wortlaut von § 2 der Verordnung vom 26. Mai war vielen gesagt worden, es handele sich um eine vorübergehende Maßnahme. Dementsprechend wurde Zurückgelassenes inventarisiert, die Häuser und Wohnungen wurden versiegelt („Damit Sie es später im selben Zustand zurückbekommen“). Noch drei Wochen vor der 2. Parteikonferenz der SED, Mitte Juni 1952, waren die Innenminister angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß die Eigentumsverhältnisse der Ausgesiedelten nicht angetastet werden. Durch die Verordnung vom 17. Juli 1952 über „Sicherung von Vermögenswerten“ wurde den zwangsausgesiedel-

6 Ebenda, S. 50.

7 Eine exakte Anzahl läßt sich nicht angeben, da die Angaben in den Akten widersprüchlich sind.

8 Bennewitz/Potratz, Zwangsausiedlungen, S. 51.

9 Ebenda, S. 234.

ten Besitzern von Landwirtschaftsbetrieben das Eigentum entzogen.¹⁰ Ursache für die Enteignung der Landwirte war eher die Vielzahl unbewirtschafteter landwirtschaftlicher Flächen, deren Ernte zu verkommen drohte und der chronische Mangel der DDR an Nahrungsmitteln als der Wunsch, die ersten LPGen zu bilden. Die Gesamtzahl der „unbewirtschafteten Flächen“ von Geflüchteten und Ausgesiedelten (1.200) wurden ohne Unterscheidungsmöglichkeit in einer Statistik geführt und die Betriebe der ausgesiedelten Bauern (etwa 800) später vorwiegend von Örtlichen Landwirtschaftsbetrieben (ÖLB) bewirtschaftet.¹¹

Die Entschädigung erfolgte uneinheitlich, für Grund und Boden war grundsätzlich kein finanzieller Ausgleich vorgesehen. Es wurde angewiesen, den zwangsausgesiedelten Bauern Ersatzhöfe zur Verfügung zu stellen. Doch davon wurde kaum Gebrauch gemacht: Der meist katastrophale Zustand der angebotenen Höfe, moralische Wertvorstellungen über privates Eigentum und die Furcht, die eigentumsmäßige Übernahme eines Hofes könne dem Wunsch nach Rückkehr behindern, standen dem entgegen¹². Viele Opfer der Aktion „Ungeziefer“ schmiedeten schon am Tage der Aussiedlung Pläne für eine Flucht in den Westen und setzten sie wenig später in die Tat um. Am 11. Juni 1953, zu spät, um den 17. Juni zu verhindern, erließ der DDR-Ministerrat einige Erleichterungen, auch vermögensrechtlicher Art (Wiedereinsetzen in alte Eigentumsverhältnisse). Den Zwangsausgesiedelten kam dies nicht zugute.

Während des Zeitraums, in dem Aktion „Ungeziefer“ durchgeführt wurde, hatten westliche Zeitungen und Rundfunkstationen täglich über die „Deportationen“ bzw. „Zwangsevakuierungen“ berichtet. Schließlich mußte die SED-Parteipresse Stellung beziehen. Das geschah am 16./17. Juni, wenige Tage nachdem die Aktion abgeschlossen war und bereits eine detaillierte Auswertungstatistik vorlag, mittels einer raffiniert formulierten, kurzen ADN-Mitteilung. „(...) In der letzten Zeit werden jedoch durch feindliche Elemente Gerüchte in Umlauf gesetzt, wonach aus den Ortschaften, die im 5-km-Streifen liegen, eine Massenausiedlung von Einwohnern durchgeführt werden soll. Die Haltlosigkeit und der feindselige Charakter dieser Gerüchte sind offensichtlich. Wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, sind keinerlei Ausiedlungen aus dem Ortschaften, die im 5-km-Gürtel oder dem 500-m-Streifen an der Demarkationslinie liegen, vorgesehen“ – eine Halbwahrheit mit schwerwiegenderen Folgen als sie eine Lüge gehabt hätte.

Im Zusammenhang mit „Ungeziefer“ ist mindestens ein Strafprozeß „wegen Erfindung und Verbreitung von tendenziösen Gerüchten“ geführt worden. Dieser endete mit einer Verurteilung zu zwei Jahren Zuchthaus. Das Opfer war ein

10 Dasselbe galt den Bürgern, die die DDR verlassen hatten, „ohne die polizeiliche Meldevorschriften zu beachten“.

11 Bennewitz/Potratz, S. 247.

12 Ebenda, S. 95.

Förster, der zur Rodung des 10-m-Kontrollstreifens eingesetzt worden war und sich gegenüber Polizisten kritisch über die Aussiedlungen geäußert hatte¹³.

Die Sperrmaßnahmen lösten eine enorme Fluchtbewegung aus, welche die westdeutschen Gemeinden an der Zonengrenze und die Bundesregierung vor schwere Probleme stellte. Am 18. Juni 1952 debattierte der Bundestag ausgiebig über die Maßnahmen und vor allem deren Folgen für die Bundesrepublik. Bundeskanzler Adenauer erklärte, die Bundesregierung lege Protest ein gegen diese erneute „Mißachtung der Menschenrechte“. Alle Parteien, außer der KPD, die alles als „Ammenmärchen“ hinstellte, verurteilten die Maßnahmen scharf. Man sprach von „politisch-moralischer Verantwortung“ gegenüber den Betroffenen in der „Sowjetzone“, es wurden sogar Vergleiche mit der „Brutalität des Dritten Reiches“ angestellt. Ein Abgeordneter der CDU forderte, der Bundestag möge beschließen: „(...) Er erklärt die Ausweisungsaktionen für ungesetzlich und legt feierlich Verwahrung dagegen ein, daß hier das Recht auf Heimat grundlos und sinnlos mißachtet wird“.¹⁴ Später wurde eine Dokumentation zusammengestellt und 1953 als Weißbuch über „Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952“ herausgegeben. Die finanzielle Belastung durch die Folgen wurde mit 110 Mio. DM beziffert. Die Maßnahmen lösten schließlich die seit längerem geplante Zonenrandförderung aus. Allein bis 1953 sind den westdeutschen Grenzgemeinden bereits 42 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden.¹⁵

Das Gebiet um West-Berlin blieb von den Maßnahmen weitgehend verschont. Trotzdem kam es hier zu einigen schmerzhaften Einschränkungen, besonders für Westberliner.

3. Die Folgen des verschärften Grenzregimes nach dem Bau der Berliner Mauer

3.1. Vorbereitungen im Parteiapparat

Sehr wahrscheinlich ist, daß von 1952 bis 1961 weitere Familien in Einzelfällen zwangsausgesiedelt worden sind und der Aussiedlung die Verhaftung eines Familienmitgliedes vorausgegangen ist.¹⁶ Die Zwangsumsiedlungsaktionen nach stalinistischem Vorbild, die es in der DDR besonders gehäuft in der ersten Hälfte der 50er Jahre gegeben hatte (in Oberhof 1950/51, „Rose“ an der Ostsee im Frühjahr 1953¹⁷, Aussiedlungen aus den Uranerzbergbau-Gebieten

13 Ebenda, S. 78.

14 Deutscher Bundestag, Protokoll 219. Sitzung, S. 9629 ff.

15 Bennewitz/ Potratz, S. 83 ff.

16 Ebenda, S. 71.

17 In Oberhof und an der Ostsee wurden Besitzer lukrativer Ferienheime verhaftet, mittels konstruierter Wirtschaftsstrafverfahren enteignet und deren Familien zwangsumgesiedelt.

in Sachsen und Thüringen¹⁸), waren mit den letzten Aussiedlungen aus den Uranerzbergbau-Gebieten 1955 offenbar beendet.

Die Verordnung vom 26. Mai 1952 und ihre Ergänzung vom 9. Juni 1952 behielten bis zum Ende der DDR ihre Gültigkeit. Die Sperrgebietsordnung erfuhr bis 1961 einige unwesentliche Lockerungen. Doch auch ohne amtliche Aufenthaltserlaubnis war es bei Ortskenntnis möglich, auf Feld- und Wiesenwegen in das Sperrgebiet hinein und wieder herauszugelangen. Ortskundige konnten mit kalkulierbarem Risiko die Flucht über die Zonengrenze wagen. Fluchtwilige aus dem Hinterland wurden – wenn sie nicht die offenen Sektorengrenzen in Berlin benutzten – oft schon auf den Zufahrtswegen ausgemacht und festgenommen. Nach dem Bau der Berliner Mauer begann sich der Flüchtlingsstrom auf die innerdeutsche Grenze umzuorientieren.

Am 16. August 1961 beriet das SED-Politbüro Sicherungs-Maßnahmen an der „Staatsgrenze West“ – fortan die offizielle Bezeichnung für die ehemalige Demarkationslinie. Am Tage darauf adressierte das Sekretariat des ZK der SED eine 12-seitige Direktive an die „1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED an der Staatsgrenze West“.¹⁹ Darin wurde der Bau der Mauer als Erfolg gewertet, der die „revanchistischen Kräfte“ zu Provokationen inspiriert, den Druck der „Bonner Ultras“ verstärkt und zu einer Konzentration „ehemals ausgewiesene(r) unzuverlässige(r) Personen (...)“ geführt habe, die eine Gefahr für Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet darstellten. Für den Aufenthalt und das Leben im Grenzgebiet wurden weitere Restriktionen angekündigt. Schließlich wurde Weisung erteilt: „Feindliche Elemente, die eine Gefahr für die Sicherheit im Grenzgebiet bedeuten, z. B. ehemalige Ortsbauernführer, SS-Angehörige u.ä. sind in Anlehnung an die Verordnung der Ministerrats vom 26. Mai 1952 aus dem Grenzkreisen auszusiedeln.“ An dieselben Adressaten folgte am 11. September erneut ein Schreiben mit konkreteren Weisungen, die erforderlich seien, damit den „westdeutschen Militaristen (...) der Weg in die DDR für immer versperrt ist“.

3.2. Aktion „Festigung“ – Vorbereitung

Verantwortlich für Vorbereitung und Durchführung der Aussiedlungsaktion waren die Ersten Sekretäre der SED in ihrer Funktion als Leiter der Kreis- und Bezirkseinsatzleitungen (KEL und BEL). Laut Statut war es Aufgabe dieser nach dem 17. Juni 1953 geschaffenen und seit 1960 dem NVR nachgeordneten Einrichtungen, die Planung, Realisierung und Kontrolle der „Maßnahmen zur Landesverteidigung“ zu koordinieren.²⁰ Erich Mielke, führender Kopf bei der Aktion, betonte mehrfach, es werde keine zentralen Weisungen geben. Den

18 Potratz in: Strahlende Vergangenheit, S. 209 ff.

19 Bennewitz/Potratz, S. 107 ff.

20 Wenzel, Kriegsbereit, S. 23, 34, 152.

Einsatzleitungen verblieb eine siebenwöchige Vorbereitungszeit, bei der jedes Detail berücksichtigt werden konnte.²¹

Hinweise für eine zugrundeliegende Weisung der Sowjets liegen bisher nicht vor. Der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Marschall Konjew, riet Verteidigungsminister Hoffmann in einem Schreiben vom 14. Sept. 1961, die „Maßnahmen zur Aussiedlung aus dem Grenzstreifen nach der Verbesserung des pioniermäßigen und technischen Ausbaus der Grenze (...) zu beginnen“.²² Die DDR-Partei- und Staatsführung ist umgekehrt verfahren.

Am 11. August 1961 erörterte Mielke vor seinem Führungsstab Konsequenzen der Volkskammersitzung vom selben Tage, auf der die Abriegelung West-Berlins beschlossen worden war. Alle Vorbereitungen seien unter Wahrung der Konspiration und strengster Geheimhaltung durchzuführen, und: „Die gesamte Aktion erhält den Namen ROSE“.²³ Elf Tage später fand im MfS eine Besprechung „betr. Aktion 'Rose' an der Staatsgrenze West“ statt, die Leitung hatte Oberst Scholz, Stellvertreter Mielkes und Leiter der „Arbeitsgruppe zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand“. Innerhalb von wenigen Stunden waren vier Kategorien (Vorbeugemaßnahmen, Rückkehrer, Erstzuziehende und Personen, die operativ erfaßt sind) von in vorhandenen Akten erfaßten Personen, die zur Aussiedlung in Frage kamen, zu ermitteln, mit der VP abzustimmen und nach Berlin zu melden. Wahrscheinlich haben damals etwa 16.000 Personen auf den Listen gestanden. Ein Offizier der Bezirksverwaltung des MfS in Rostock notierte am Ende von drei Seiten handschriftlicher Notizen: „Grundgedanke 5-km-Streifen sauber machen“.²⁴

In Anbetracht der auch international gespannten Lage und äußerst brisanten Stimmungsberichten aus dem Grenzgebiet war die Partei- und Staatsführung gut beraten, in kleinem Maßstab eine „Probeaktion“²⁵ durchzuführen. Ausgewählt wurde dazu ein Gebiet mit überwiegend natürlichen Grenzhindernissen, wie Elbe und Schaalsee, die drei Grenzkreise des Bezirkes Schwerin. Am 30. August habe sie stattgefunden, 47 Familien (162 Personen) seien umgesiedelt worden, meldete die BdVP Schwerin an den Leiter der HVDVP, Winkelmann, gemäß dessen fernschriftlicher Weisung vom 1. Juni 1961. Grundlage sei der Befehl 35/61 des MdI gewesen. Einige Opfer hatten Widerstand geleistet und waren festgenommen worden. Die nichtbetroffene Bevölkerung war verunsichert und empört, hatte sich aber passiv verhalten.²⁶

Einige der an „Ungeziefer“ maßgeblich beteiligten SED-Funktionäre saßen jetzt erneut an verantwortlicher Stelle. Weil bei der weiteren Vorbereitung auf

21 Ebenda, S. 109 ff.

22 BArch, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam (MZAP) 32595, MfNV, Sekr. des Ministers, Az 490700.

23 BStU, ZAIG 4900, Bl. 1 ff.

24 Bennewitz/Potratz, S. 110.

25 Barm, S. 37.

26 Bennewitz/Potratz, S. 112 f.

die Erfahrungen von 1952 zurückgegriffen werden sollte, ist dokumentiert, daß der Name „Ungeziefer“ schon 1952 von den Behörden verwendet worden ist: „Überprüfungen ergaben, daß die Unterlagen der Aktion 'Ungeziefer', (Umsiedlung 1952) in der BV Erfurt nicht mehr auffindbar sind, weil damals eine zentrale Erfassung der Unterlagen nicht erfolgt ist.“²⁷ „Betreuer stellen – kein Selbstmord“ war nur eine der Lehren aus der Aktion von 1952.

Der MdI-Befehl 35/61 wurde am 1. September wirksam und bezog sich auf die Verordnungen vom 26. Mai 1952 und vom 3. Mai 1956 (letztere ist fast identisch mit der Polizeiverordnung vom 27. Mai 1952). Er regelte vor allem die Kategorien der Auszusiedelnden. Wieder gab es Kategorien, die auf den größten Teil der Bevölkerung zutrafen. Während 1952 angebliche Schwermisstände im Vordergrund gestanden hatten, sollten es nun Mitglieder ehemaliger NS-Organisationen sein. Sie wurden u. a. wahrscheinlich auch aus Karteikarten ermittelt, deren Daten mitunter auf zweifelhafte Weise zustande gekommen sein dürften.²⁸ Ganz eindeutig war das Aussiedlungsgebiet geregelt: der „Bereich der 5-km-Sperrzone und des 500-m-Schutzstreifens“. Festgelegt waren auch Methoden, die geeignet waren, die Opfer der Aktion systematisch unter Kontrolle zu halten. In geheimen polizeilichen Kerblockkarteien sollten sie nach Vorschrift des Befehls eine eigene Codierung bekommen. Unter strengster Anmahnung zur Geheimhaltung gingen die Vorbereitungen zur Aussiedlungsaktion weiter. Um der ganzen Aktion wenigstens den Schein der Rechtmäßigkeit zu geben, wurde das Präsidium des DDR-Ministerrats veranlaßt, am 8. September 1961 einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Danach hatten z. B. die staatlichen Organe „solche Maßnahmen einzuleiten, die sichern, daß ausgesiedelte Bürger nicht ohne Kontrolle durch Umzüge untertauchen können.“²⁹

Bei der Vorbereitung der Aussiedlungsaktion, die im September den Namen „Festigung“ bekam, hatte jede BEL eigenverantwortlich unter eigenem Decknamen zu handeln. Der Kreis Grevesmühlen des Bezirkes Rostock war mit dem Bezirk Schwerin zu einer Arbeitsgruppe zusammengefaßt, die den Decknamen „Osten“ verwendete. „Neues Leben“ hieß die Aktion im Bezirk Magdeburg, „Kornblume“ in Erfurt, „Blümchen“, „Frische Luft“, und „Grenze“ waren die Decknamen in den Bezirken Suhl, Karl-Marx-Stadt und Gera. Für eine gewisse Koordinierung sorgten gemischte Arbeitsgruppen aus Offizieren von MfS, MdI und NVA, die von Erich Mielke angeleitet wurden.³⁰

Mitte September häuften sich im MfS Warnungen, denen zufolge die Aktion dekonspiriert war. Am 17. September ging die Abschrift eines Zeitungsartikels ein, wonach sogar schon die Außenminister der drei Westalliierten und der Bundesregierung am 15. September 1961 über „bevorstehende Zwangsum-

27 Ebenda, S. 109.

28 In einigen, der Autorin bekannten Fällen hat sich die Mitgliedschaft in NS-Organisationen nicht bestätigt.

29 Bennewitz, Potratz, S. 114 f.

30 Ebenda, S. 117 f.

siedlungen“ und die damit verbundenen Gefahren³¹ beraten hatten und: „Die Menschen werden dort einquartiert, wo es die SED für richtig hält.“³² Am 16. September 1961 ist im Bonner Auswärtigen Amt ein auch für das Bundespresseamt gedachtes „pressefernschreiben aus washington“ folgenden Inhalts eingegangen: „(...) alle blaetter bringen auf ersten seiten meldung ueber bekanntgabe der nachricht, dass zonenregime evakuierungen laengs der sektoren- und zongengrenze beabsichtige (...)“.³³ In den seriösen großen westdeutschen Tageszeitungen finden sich keine Hinweise auf bevorstehende Zwangsumsiedlungen. Dies hätte wohl eine Massenflucht ausgelöst – und die Bundesrepublik wie 1952 – erneut in eine schwierige Lage gebracht.

Ursprünglich schien vorgesehen zu sein, die Aktion um den 20. September, nach den Wahlen am 17. September und Inkrafttreten des Verteidigungsgesetzes der DDR (am 20. September), durchzuführen. Sie wurde trotz fortschreitender Dekonspiration erst gestartet, nachdem am 29. September auch die letzte Grenzbrigade in Rudolstadt als „Kommando Grenze“ vom MdI an die NVA überstellt worden war, ein Wechsel, der ursprünglich bis zum 15. des Monats erfolgt sein sollte. Am selben Tage wurden die Aussiedlungslisten mit Angabe der Vermögens- und Wohnverhältnisse von einem Gremium bestätigt, dem neben Mielke 23 hochrangige MfS-Offiziere, darunter die Leiter der BV in den 7 Aussiedlungs- und 3 zusätzlichen Aufnahmebezirken angehörten, und die Aktion wurde durch die „zentrale Einsatzleitung der Republik“ in Gang gesetzt.³⁴

3.3. Aktion „Festigung“ – Durchführung

Am 3. Oktober gegen 6.00 Uhr morgens wurde 956 „belastete(n) Personen“ und deren Angehörigen (insgesamt 3 273 Personen) mit fast gleichlautenden Worten von einem dreiköpfigen Vorkommando, darunter ein uniformierter Polizist als Wortführer, der Befehl zur Aussiedlung überbracht. Anschließend rückten etwa 10 bis 15 Mitglieder der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ (KG) an, die Hab und Gut auf LKWs verluden – egal ob die Opfer damit einverstanden waren oder nicht. Wer Widerstand leistete, wurde festgenommen und getrennt vom Rest der Familie an den Bestimmungsort gebracht. Mittags hatten viele Transporte das Grenzgebiet bereits verlassen. Spätestens am Abend desselben Tages fanden sich 3 175 Menschen (920 Familien), darunter 1 025 Kinder und 580 Rentner, im Hinterland wieder. Das waren etwa 1% der Grenzbevölkerung. Die Kreise Ludwigslust, Plauen und Oelsnitz wiesen einen Anteil von ca. 3% auf.³⁵ In wenigen Fällen ist Rücksicht genommen

31 Die teilweise Dekonspiration hat in Böseckendorf (Thüringen) in der Nacht zum 3. Oktober 1961 zur Flucht von wahrscheinlich 20 Familien geführt; vgl. Bennewitz/Potratz, S. 163.

32 Ebenda, S. 124.

33 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Abt. 7, AZ 700-80.50/0 Bd. 44.

34 Bennewitz/Potratz, S. 125.

35 Ebenda, S. 285.

worden auf Schwerkranke, Hochschwangere mit zu erwartendem Risiko und sehr alte Menschen.

Die Opfer erwartete ein ähnliches Los wie die Schicksalsgefährten neun Jahre zuvor, wesentlich intensiver war ihre anschließende Observation. Mindestens eine Familie ist in einer Scheune untergebracht worden – im Oktober. Mußte ein Ort mehrere Familien aufnehmen, durften diese nicht aus demselben Grenzkreis stammen. Unter ihnen waren wie 1952 überwiegend in der Landwirtschaft Tätige (vor allem LPG Typ I), Handwerker und Gewerbetreibende.³⁶

Glaubt man den Akten der VP und des MfS, so haben die meisten Opfer ihre Aussiedlung erwartet, erkannt, daß die Maßnahmen notwendig und richtig seien, tatkräftig mitgeholfen, den Hausrat zu verpacken und ihre Freude über die gute Qualität des neuen Wohnraums geäußert. Konfrontiert man sie mit den über sie angefertigten Behördenberichten, löst dies oft größte Empörung aus. Teilweise sind die Berichte durch den Hang zur Schönfärberei und zum Absetzen von Erfolgsmeldungen entstanden. Andererseits haben viele Opfer (besonders 1961 in Anbetracht der Übermacht z. T. stark bewaffneter Männer – „MPI mit 2 Magazinen“³⁷) jeden Widerstand als zwecklos und schädlich eingestuft und ihre wahren Gefühle nach dem Motto „Denen zeigst Du keine Träne“ solange verdrängt, bis gegen Mitternacht die tatsächlich eingesetzten, persönlichen „Betreuer“, die auch dafür zu sorgen hatten, daß von „7 – 24 Uhr kein Selbstmord“³⁸ passiert, abgezogen und sie mit ihrem Schicksal alleingelassen waren.

Ähnlich wie 1952 tabuisierte die SED-Propaganda neun Jahre später auch Aktion „Festigung“. Sämtliche Presseorgane veröffentlichten am 5. Oktober eine kurze Notiz, derzufolge für einige Bewohner des Grenzgebietes ein „Wohnungswechsel“ vorgenommen worden sei. Den Betroffenen sei als „gleichberechtigte Bürger“ eine gesicherte Existenz garantiert – Augenzeugen wurden zum Schweigen gebracht. Auch die Mittäter waren gut beraten, nichts von dem zu erzählen, was sich in den Wohnungen und auf den Transporten zugetragen hatte.

Einige wenige Regionalseiten der Parteipresse³⁹ „informierten“ unter der Überschrift „Sicherheit an der Staatsgrenze West“ „genauer“. Danach handelte es sich bei den Betroffenen um unverbesserliche Elemente, die „kein Ansehen bei den Nachbarn gehabt haben und von denen sich die Bevölkerung schon lange vorher distanziert hatte“. Das verletzte mehr als die Angabe politischer Gründe, und in ihrer Empörung und Verzweiflung sorgten die Opfer selbst für eine Vervielfältigung des Artikels. Wer von den näheren Umständen erzählte, stieß bei Uneingeweihten auf Unglauben. Nur im vertrauten Kreis konnten die

³⁶ Ebenda, S. 287.

³⁷ Bennewitz/Potratz, S. 122.

³⁸ BStU, ASt Rostock, Rep. 232, Bl. 200.

³⁹ Im gesamten Bezirk Schwerin nur Kreis Ludwigslust.

Vertriebenen über das erlittene Unrecht sprechen. Die Aussiedlungen aus dem Grenzgebiet wurden erneut zum Tabu.

Von „Festigung“ waren 541 Grundeigentümer betroffen, 209 von ihnen besaßen Bauernhöfe. Erst am 31. Oktober beschloß das Politbüro eine Vorlage über vermögensrechtliche Fragen, die Grundlage für einen Beschluß des Präsidiums des Ministerrats der DDR vom 9. November 1961 wurde: „Die Eigentumsveränderung (...) ist notwendig, um die (...) Zielsetzung zu sichern und jegliche weitere und eigentumsmäßige Verbindung zum Grenzsperrgebiet zu beseitigen (...). Außerdem übersteigen die bisherigen Pachtzahlungen den Wert des zurückgelassenen Vermögens um ein Vielfaches und sichern den Eigentümern ein arbeitsloses Einkommen. Aus beiden Gründen ist auch die vorgeschlagene Eigentumsveränderung für die (...) 1952 betroffenen Grundstücke notwendig.“⁴⁰ Die Überführung in Volkseigentum sollte durch Kauf und vorwiegend Naturalersatz erfolgen. Ließ sich letzterer nicht realisieren, war der Kaufpreis nach den Prinzipien des Entschädigungsgesetzes von 1960 zum Aufbaugesetz von 1956 zu entrichten. War der Eigentümer nicht zum „Verkauf“ bereit, hatten „Inanspruchnahme und Entschädigung“ gem. § 10 Verteidigungsgesetz der DDR vom 20. September 1961 zu erfolgen. Die Entschädigungssumme ging auf ein vom Staat angelegtes Sperrkonto, von dem in der Regel jährlich nicht mehr als 3.000 M abgehoben werden konnten.

Entsprechend wurde mit den enteigneten Grundeigentümern rund um West-Berlin verfahren.

3.4. Berlin

Ein definiertes Grenzgebiet wurde in dem Gebiet um West-Berlin erst am 21. Juni 1963 mit der „Verordnung über Maßnahmen zum Schutze der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin“⁴¹ geschaffen. Um West-Berlin herum entstand ein „10-m-Kontrollstreifen“, daran anschließend wurde im Bezirk Potsdam ein „500-m-Schutzstreifen“ und an der Sektorengrenze ein „100-m-Schutzstreifen“ errichtet – auf die Errichtung von noch 1961 dafür geplanten „Sperrzonen“ wurde verzichtet.

Wenige Tage vor der Probeaktion im Bezirk Schwerin ist eine größere Anzahl von Familien an der Außengrenze um West-Berlin, im Bezirk Potsdam, zwangsumgesiedelt worden.⁴²

Auch an der Berliner Sektorengrenze wurden, beginnend am 14. August, Familien aus ihren Wohnungen, Häusern und Lauben vertrieben, begrenzt aber auf Grundstücke in unmittelbarer Grenznähe. Für das Gebiet um West-Berlin ist bisher kein 35/61 entsprechender Umsiedlungsbefehl des MdI gefunden worden. Allerdings sind auch an der Sektorengrenze „politisch unzuverlässige“

40 Bannwitz/Potratz, S. 146.

41 GBl. der DDR II S. 381.

42 Bannwitz/Potratz, S. 171 ff und S. 289.

Personen ausgesiedelt und ihre Wohnungen anschließend wieder bewohnt worden, oft von Alters-Rentnern. Ein Befehl des Kommandeurs der 1. Grenzbrigade (Berlin) vom 13. Juni 1962 über „Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an der Grenze der DDR zu West-Berlin im Abschnitt der 1. Grenzbrigade (B)“ wies an, daß Personen im Grenzgebiet, die wegen früherer „feindlicher Tätigkeit und negativer Einstellung aufgefallen waren“, laufend überwacht werden. Bei Vorliegen besonderer Umstände war ihre Aussiedlung zu veranlassen.⁴³

Die „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ und Arbeitserziehung vom 24. August 1961⁴⁴ blieb bis auf den Passus Arbeitserziehung bis zum Ende der DDR gültig. Sie war ursprünglich dazu gedacht, die in West-Berlin Arbeitenden und in der DDR und Ostberlin Wohnenden in eine solche Entfernung von West-Berlin zu verbannen und dort zur Arbeitsaufnahme zu zwingen, die ihnen ein tägliches Pendeln an den Arbeitsplatz West-Berlin unmöglich machen sollte. Wahrscheinlich wurde sie trotz Abriegelung West-Berlins als Mittel zur Arbeitskräftegewinnung in Kraft gesetzt: In der 1. Durchführungsverordnung wird nicht nur auf ehemalige Grenzgänger abgezielt, sondern erklärt: „Zu den arbeitsscheuen Personen im Sinne von § 3 (...) gehören alle solche Personen, die obgleich sie arbeitsfähig sind, keiner geregelten Arbeit nachgehen und ein parasitäres Leben führen.“⁴⁵ Die Verordnung wurde in zahlreichen Fällen willkürlich (ohne Gerichtsbeschuß) und im Zusammenhang mit einer gerichtlichen Verurteilung angewendet. Allein in der Zeit bis zum 29. August ist in Berlin gegen 32 Personen Aufenthaltsbeschränkung ausgesprochen und in 30 Fällen Arbeitserziehung angewendet worden.⁴⁶

Ähnlich wie „Festigung“ verlief am 24. September 1961 eine Aktion in der Bernauer Straße in Berlin – die ahnungslosen Menschen wurden gegen 6.00 Uhr morgens aus dem Schlaf gerissen. Der Abtransport wurde von West-Berlin aus beobachtet⁴⁷ und ist durch dortige Pressemeldungen bekannt geworden, die von 2.000 Betroffenen sprachen. Am 27. September rechtfertigte die Berliner Zeitung diese Aktion. Unter der Überschrift „Jetzt wohnen sie sicherer“ kam ein betroffenes Ehepaar zu Wort: „Der Umzug ging so schnell, daß wir den Männern, die ihn durchführten, nicht einmal Dankeschön sagen konnten.“

Für den Chef der BEL Berlin, Paul Verner, ist darüber ein Bericht erstellt worden: „Vorgesehen waren zum Umzug insgesamt 149 Familien. Es handelt sich hier um solche Menschen, die Mitglieder in einer faschistischen Organisation waren, kriminelle Verbrechen begangen haben, Rückkehrer, ehemalige Grenzgänger und solche, die in der zurückliegenden Zeit als feindlich bekannte Personen registriert wurden. Weiter sind es solche Personen, aus deren Wohnungen Grenzdurchbrüche verübt wurden oder die Informationen nach Westberlin

43 SAPMO BArch ZPA IV 2/12/73, Befehl Nr. 32/62.

44 GBl. der DDR II, S. 341.

45 BStU SdM 2615, Bl. 218 f.

46 BArch MZAP, VA-01/12950, Bl. 55.

47 Die Sektorengrenze verlief direkt an der Häuserfront, der Bürgersteig war schon Westgebiet.

gaben“. Am Schluß der „Einschätzung“ wird empfohlen: „(...) Nach unserer Übersicht müssen wir darauf orientieren, alle Mieter der Bernauer Straße umzuziehen. Eher wird es in diesem Gebiet, was die Grenzdurchbrüche betrifft, keine Ruhe geben“.⁴⁸ Eine für den 21. Oktober geplante Räumungsaktion⁴⁹ ist von der Parteipresse mit Überschriften wie „Grenzbewohner bitten dringend um Umzug“ (ND am 21. Oktober 1961) propagandistisch vorbereitet und am 24. Oktober mit „Umzug in ein neues Glück“ (ND) legitimiert worden.

Die in Berlin von Wohnungsräumungen betroffenen Familien wurden nicht diskriminiert, und sie blieben – den Akten zufolge – meist im selben Stadtbezirk.

Von den Zwangsräumungen an der Sektorengrenze waren im Laufe der Jahre sämtliche Einwohner betroffen, deren Häuser später abgerissen wurden. Hierbei ging es um die „Verhinderung von Grenzdurchbrüchen“. Reihenfolge und Zügigkeit, mit der vorgegangen wurde, richteten sich nach der Lage der Wohnung (exponiert für Fluchtversuch), der politischen Zuverlässigkeit der Bewohner und dem im Stadtinneren zur Verfügung stehenden Wohnraum. Grundlage für das Räumen von Gebäuden und deren Abriß waren Beschlüsse des NVR bzw. der BEL Berlin sowie bisher nicht aufgefundene Materialien wie „Personen- und Gebäudekartei“, „Objekt- und Grundrißskizzen“ sowie „Protokollbücher“ der 1. Grenzbrigade.⁵⁰ Wohnungsräumungen und auch der Abriß von Gebäuden erfolgten in enger Zusammenarbeit der bewaffneten Organe der DDR – MfI, MfS und NVA.

Den später von Räumungen betroffenen Personen ließ man mehrere Wochen Zeit für die Wohnungssuche, und die „Umquartierung“ und der Gebäudeabriß wurden langfristig geplant. Sie reichten bis in die 80er Jahre. Nach einem Beschluß der BEL Berlin von 1965 war vorgesehen, bis 1970 insgesamt 163 Wohngebäude zu räumen und 639 Familien mit insgesamt 1.369 Personen umzusiedeln. Für die Entschädigung der betroffenen enteigneten Grundeigentümer wurden fast 7,5 Mio. MDN eingeplant.⁵¹ Die Entschädigungssummen entsprachen den damaligen Bewertungsmaßstäben. So war z. B. 1962 vorgesehen, ein 876 qm großes Grundstück in der Zimmerstraße nahe dem Checkpoint-Charlie zu enteignen. Als Entschädigung für den Grund und Boden wurden 134.904 MDN vorgeschlagen, für den qm also 154 MDN.⁵²

Ähnlich wie mit Bewohnern von Häusern, welche direkt an der Berliner Sektorengrenze wohnten und deren Grundeigentümern, wurde mit Bewohnern von Gebäuden in unmittelbarer Nähe zum „Zaun“ an der innerdeutschen Grenze und deren Grundeigentümern verfahren, wenn die Gebäude der Errichtung oder dem Ausbau von pioniertechnischen Anlagen weichen mußten.⁵³

48 Landesarchiv Berlin, 26.1/239, Bl. 81f

49 SAPMO BArch ZPA IV 2/12/80, Bl. 7.

50 SAPMO BArch ZPA IV 2/12/73, Bl. 198.

51 BArch, MZAP VA-01/12950, Bl. 55.

52 Landesarchiv Berlin, Rep. 2791, Nr. 16, „Betr.: Grundstück (...)“.

53 Bennewitz/Potratz, S. 180.

4. Die Folgen der Zwangsaussiedlung für die Opfer

4.1. Die unmittelbaren Folgen nach der Aussiedlung

In vielen nach 1990 erschienenen Publikationen wurde fälschlicherweise behauptet, die Opfer hätten den Namen „Ungeziefer“ für die Aktion von 1952 nach der Wende selbst geprägt⁵⁴. Dies erschien glaubhaft durch die Art ihrer Vertreibung und ihre Lebensumstände nach der Aussiedlung. In Anbetracht des dramatischen Wohnungsmangels in der DDR und der Diskriminierung der Betroffenen durch die Mdl-Befehle war nicht zu erwarten, daß ihnen angemessener Wohnraum zur Verfügung gestellt werden würde. Dennoch schockiert es, wenn selbst SED-Akten vermerken, daß sieben Jahre nach Kriegsende Familien ausgerechnet in Schweineställen auf Stroh untergebracht worden sind.

Ein Betroffener beschreibt die für viele typischen Folgen und die Umsiedlung so:

„Im Juni 1952 wurde unsere Familie aus dem Grenzort Vacha/Rhön (...) zwangsweise mit den nötigsten Haushaltseinrichtungen bei Regen, Nacht und Nebel wie das Vieh in einen Güterzug verladen und mit weiteren fast 600 Zwangsausgesiedelten ins Ungewisse abtransportiert (...). Die Schrecken und seine Folgen waren unbeschreiblich grausam (...), nach schleppender und mehrfach unterbrochener Fahrt im Güterzug landeten wir in Sondershausen, wo wir mit unserer Habe bei strömendem Regen auf offene Lastkraftwagen umgeladen und in das 26 km von der Kreisstadt entfernte Dorf F. (ohne Bahn- und Busverbindung) transportiert wurden. Dort wurde uns eine feuchte, verwaahloste und verschmutzte ehemalige Landarbeiterwohnung zugewiesen, die aber bis zu unserem Eintreffen als Geflügel- und Kleintierstall diente. Diese 'Wohnung' befand sich über einem mit Abwasser und Jauche ca. 0,5 m hoch gefüllten Keller, in dem Ratten, Mäuse und sonstiges Ungeziefer hausten. Durch Mauerritzen, verfaulte und durchgefressene Decken- und Dielenbretter drang Gestank und Ungeziefer in die 'Wohnung' ein. Diese extrem schlechten Wohnverhältnisse hatten für uns manch böse Folgen, wie Rheuma, Nierenbeckenentzündung, Bronchienerkrankung, Magen-Darm-Infektionen, häufige Erkältungen, HNO-Erkrankungen, nervliche Belastungen usw. Für die geistige und berufliche Entwicklung unserer Kinder gab es große Nachteile, da sie nur die primitive 4-klassige Grundschule des Dorfes besuchen konnten ... Erst im Dezember 1957 ist es uns gelungen, das durch Zwangsaussiedlung zugewiesene Dorf zu verlassen (...) und wieder in normalen Verhältnissen eine angemessene Wohnung zu beziehen.“⁵⁵

Genauso schlecht wie die Wohnraumzuteilung war die Versorgung mit Arbeit und Ausbildungsplätzen. Selten sind die Berufe der Ausgesiedelten bei der Unterbringung berücksichtigt worden, zahlreiche Landwirte landeten in den Kohleabbaugebieten um Altenberg, in denen es kaum Agrarwirtschaft gab. Im

⁵⁴ Rothe: Verraten, S. 3.

⁵⁵ Ein Schreiben, das der Autorin vorliegt.

Juni waren Abschlußprüfungen an den Ausbildungseinrichtungen der DDR. Durch die Zwangsaussiedlungen 1952 ist die Ausbildung vieler junger Menschen kurz vor ihrem Abschluß abgebrochen und ihr Lebensweg in ganz andere Bahnen gelenkt worden, als zuvor von ihnen geplant worden war.⁵⁶ Nicht viel anders war dies 1961.

Eigene Bemühungen nach Veränderung der Arbeitsstätte, Wohnung oder Wohnort wurden 1961 durch die Abteilungen Inneres der Aufnahmekreise so massiv behindert, daß viele Opfer gezielte Anordnungen dahinter vermutet haben. Die spezielle Kerbung in geheimen polizeilichen Kerbblockkarten machte eine Reglementierung ihres Lebens möglich. Mit ihnen arbeiteten Verbindungsoffiziere des MfS, die Zugang zu den Kaderabteilungen staatlicher Einrichtungen sowie den Fach- und Hochschulen besaßen.

Einsprüche der Opfer gegen ihre Aussiedlung, denen besonders 1952 selten konkrete Gründe gesagt worden waren, wurden von den zuständigen Behörden unter teilweiser Wiederholung der Phrasen aus der Präambel der Verordnung vom 26. Mai 1952 bzw. des Verteidigungsgesetzes der DDR von 1961 mit Standardtexten abgewiesen. Trotz intensiver Bemühungen wurden bis 1956 nur etwa 200 Personen im Laufe der Jahre zurückgesiedelt, wobei es sich oft um ältere Menschen handelte⁵⁷. Auch von den 1961 Betroffenen wurden nur sehr wenige zurückgesiedelt.

Viele Zwangsausgesiedelte hatten zum Mißfallen der Partei großen Einfluß in der Bevölkerung besessen und im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens gestanden. Nach ihrer Aussiedlung standen sie anfänglich völlig im sozialen Abseits. Obwohl viele Familien (1952 in Anbetracht des begrenzten Transportraums, 1961 wegen der knapp bemessenen Zeit) große Mengen an Inventar zurücklassen mußten oder alten Familien-Grundbesitz verloren hatten, haben sie weniger unter dem Verlust dieser materiellen Werte gelitten. Beim Erzählen ihres Schicksals füllten sich ihre Augen oft dann mit Tränen, wenn es um Ideelles ging.⁵⁸ Nachbarn, Freunde und viele angenehme Gepflogenheiten, die man erst nach vielen Jahren in vertrauter Umgebung entwickelt, waren verloren. Sie haben ihre Vertreibung und anschließende Zwangsansiedlung als tiefste Erniedrigung empfunden und sahen sich ihrer menschlichen Würde beraubt. Sie wurden diskriminiert und geächtet. Noch am Abend des 3. Oktober 1961 wurden in den Aussiedlungsorten Einwohnerversammlungen durchgeführt. Ganz im Sinne der Behauptungen in der Regionalpresse wurde den Anwesenden geraten, keinen Kontakt mit den Ausgesiedelten zu pflegen. Und so mußte manch Betroffener die bittere Erfahrung machen, daß Kollegen oder Nachbarn ihn wenige Monate später z. B. in der Grenzkreisstadt nicht mehr „erkannten“ oder kurz vor ihm die Straßenseite wechselten, um eine Begegnung zu vermeiden.

56 Bennewitz, Potratz, S. 81.

57 Ebenda, S. 95 f.

58 Ebenda, S. 183 ff.

Ein für sie sinnloses Schicksal hatte sie völlig unerwartet und ohne eigenes Dazutun getroffen. Daß sie unmittelbar nach ihrer Ankunft im Aufnahmeort bespitzelt wurden, waren vielen klar. Dies bezeugen Briefe der Betroffenen, die von der BV Rostock des MfS abgefangen wurden und sehr vorsichtig abgefaßt sind:⁵⁹ „Wie ihr seht, haben wir eine neue Adresse, ja, wir mußten am 3.10. umziehen (...). Ich hatte eine Stunde Zeit, ... bitten wir den lieben Herrgott um Kraft für uns alle, dann läuft schon alles weiter, kaputt sind wir alle (...)“ schrieb eine Frau aus Kressin am 12. Oktober nach Westdeutschland.

Weil für ihre Observation nicht in jedem Falle das MfS zuständig war, sondern auch die „örtlichen Organe“ (1952) oder die VP (1961) findet sich für viele Zwangsausgesiedelte keine Akte bei der Gauck-Behörde.

Das Bewußtsein, dem Regime völlig unschuldig und machtlos ausgeliefert zu sein, hat bei vielen Ängste und Mißtrauen auch gegenüber wohlwollenden Mitmenschen hervorgerufen, wodurch ihr späteres Leben mitunter stark beeinflusst war. Besonders Männer, die Kriegs- und Gefangenschaftserlebnisse noch nicht verarbeitet hatten und Jugendliche, mitten in ihrem Reifungsprozeß aus der vertrauten Umgebung herausgerissen, hatten Probleme, das Trauma ordentlich zu verarbeiten. Vor allem junge Mädchen, welche die Sorge für die Eltern übernehmen mußten, blieben alleinstehend. Allein aus den Akten der VP sind zahlreiche Selbstmordabsichten und einige Selbstmordversuche bekannt. Mehrere Opfer haben ihrem Leben später selbst ein Ende gesetzt.

Viele Zwangsausgesiedelte haben unter starken Angst- und Unruhezuständen gelitten. Was sie erlebt hatten, hatte es (im Gegensatz zu den Zwangsumsiedlungsaktionen in Oberhof und an der Ostsee) offiziell aber einfach nicht gegeben. Deshalb fürchteten viele, jede Beschreibung des tatsächlich Geschehenen könne zu weiteren Repressionen führen. Eine fachgerechte Therapie der psychischen Leiden, die nach den Ursachen hätte forschen müssen, ist höchstens bei Kindern erfolgt.

Hatten die von „Ungeziefer“ Betroffenen noch ein wenig Hoffnung, eines Tages zurückzukönnen, verschwand auch diese bald, und bei den Opfern von „Festigung“ kam sie meist gar nicht erst auf. Viele sind an der Endgültigkeit eines für sie sinnlosen Schicksalsschlages und quälenden, immer wieder auftauchenden und nur schwer oder gar nicht zu beantwortenden Fragen wie: „Warum, warum auf diese Art und Weise und warum gerade ich?“ seelisch zerbrochen.

Weil die Opfer keine strafbare Handlung begangen hatten, sondern mechanisch aus dubiosen Unterlagen heraussortiert worden waren, ließ sich die letzte Frage kaum konkret und richtig beantworten. Schließlich war auch der weitaus überwiegende Teil politisch Gleichgesinnter im Grenzgebiet zurückgeblieben. Viele haben sich eine falsche Antwort auf diese Frage konstruiert und den Grund unzutreffend auf Vermögenswerte zurückgeführt.

59 Ebenda, S. 275 ff.

Auf die ersten beiden Fragen ließ sich 1952 noch eine Antwort finden. Im Sinne Verordnung vom 26. Mai 1952, überall publiziert, argumentierten SED-Agitatoren mit den Aussiedlungsoffern und verwiesen auf die Bundesregierung, die den Deutschlandvertrag paraphiert hatte. So erklärte auch eine CDU-Bundestagsabgeordnete bei der Debatte am 18. Juni, der wahre Adressat der ganzen Maßnahmen an der Demarkationslinie seien „nicht die unglückseligen Menschen, die durch sie betroffen sind, sondern das sind wir hier in der Bundesrepublik“.⁶⁰ Schließlich wurde auch der in § 1 der Verordnung vom 26. Mai 1952 vorgegebene Zweck nicht erreicht, solange die Berliner Sektorengrenzen offen waren.

Als Mittel der Außenpolitik war 1952 blanker stalinistischer Terror gegen Teile der DDR-Bevölkerung (2,4% der Bewohner des Grenzgebietes) eingesetzt worden.

Schwieriger war es, für die Aktion 1961 einen Sinn zu finden. Einschüchterung der Grenzbevölkerung reichte vielen als Erklärungsmuster nicht aus, dazu war der Aufwand zu groß. Auch Weikert, der Leiter der BV Erfurt des MfS, erklärte in seinem Abschlußbericht zur Aktion „Kornblume“: „Abschließend muß man bemerken, daß der Kraftaufwand in keinem reellen Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen stand.“⁶¹

Es gibt eine ganze Reihe von Indizien, die darauf hinweisen, daß „Festigung“ von Teilen des NVR von Anfang als ein Planspiel angelegt war, mit dem ausprobiert werden sollte, wie das Zusammenspiel aller in den BEL und KEL zusammengefaßten (zivile und nichtzivile) Einrichtungen im Ernstfall, dem Tag X, funktionieren würde⁶² und nur ein ganz kleiner Personenkreis darüber informiert war:

4.2. „Festigung“ – ein Planspiel von Teilen des NVR?

Klar ist, daß bei „nur“ 1% der betroffenen Bevölkerung (einschließlich kleiner Kinder und Greise) von „Säuberung“ nicht die Rede sein kann. Verwunderlich ist, daß anfangs ausführlich Statistik über die Aussiedlungsgründe geführt wurde, diese aber später nicht mehr gefragt waren und damit die Frage der „Säuberung wovon?“ ungeklärt blieb. Erstaunlich ist, daß mit der Durchführung der Aktion trotz fortschreitender Dekonspiration gewartet wurde, bis die Grenzpolizei ihre endgültige Struktur erhalten hatte, die Anzahl der Opfer auf Weisung Mielkes ständig reduziert worden ist und es ausdrücklich keine zentralen Weisungen geben sollte, obwohl ein Apparat (der NVR) dafür bereits zur Verfügung stand und nicht wie 1952 erst geschaffen werden mußte.

Fraglich war lange Zeit, wie die Organisation der Hauptakteure (Tausende Mitglieder der KG und der ihnen zugeordneten, benötigten Fahrzeuge) so her-

60 Deutscher Bundestag – 219. Sitzung am 18. Juni 1952, S. 9642.

61 BStU, ZA, Allg. S. 75/65, Bd. 3, Bl. 335.

62 Unter demselben Gesichtspunkt ist die Aktion vom 24. September 1961 in Berlin zu sehen.

vorragend funktioniert hat, obwohl dafür im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Aktion keine Planungsunterlagen aufgefunden wurden. Akten des NVR geben Aufschluß: Auf der 7. Sitzung des NVR am 28. August 1961 erklärte Verteidigungsminister Hoffmann: „Nach den Weisungen des Oberkommandos (der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages) müssen wir bei Kriegsausbruch, ohne unseren eigenen Bedarf, 40 KfZ.-Transportkolonnen und 6 Sanitätstransportkolonnen, zusammen über 10.000 LKW, am 1. Tag der Mobilmachung mit Kraftfahrern aufstellen (...)“. Dazu seien „Maßnahmen eingeleitet“, um mit der Registrierung und Erfassung sofort beginnen zu können. Die KfZ sollten nach Fahrzeugnummern und die Kraftfahrer und Instandsetzer namentlich festgelegt werden.⁶³ Offensichtlich sind die Ergebnisse der von Hoffmann eingeleiteten „Maßnahmen“ bei der Aktion verwendet worden. Dadurch ist auch zu erklären, daß mindestens drei der am 3. Oktober eingesetzten KG-Mitglieder selbst ausgesiedelt worden sind.

Ein „Maßnahmeplan“ der Kreisdienststelle des MfS Ludwigslust vom 21. September 1961⁶⁴ deutet darauf hin, daß das MfS von vornherein beauftragt war, zu überprüfen, wie die Koordinierung innerhalb der Einsatzleitungen funktionieren würde und die Aktion später nach allen möglichen Gesichtspunkten hin auszuwerten. U. a. war angewiesen, das Verhalten der VP, der DGP (gerade der NVA unterstellt), der Partei und des Rates des Kreises – die anderen zu den Einsatzleitungen gehörenden Einrichtungen – zu beobachten.

Eine gründliche Auswertung der Aktion wurde scheinbar ausschließlich im MfS und noch jahrelang betrieben. Aus den Fehlern und Stärken der an „Festigung“ beteiligten BEL und KEL hatte das MfS gelernt. In einer Dokumentation zur Aktion „Festigung“⁶⁵ werden unter der Überschrift „(...) erarbeiteter Wert, Mängel, Schwächen, neuere Erkenntnisse“ Empfehlungen für die Durchführung „ähnlicher Aktionen“ gegeben. 1963 wurde vom Minister des Innern ein Dokument als „Beschlussvorlage“ für den NVR eingereicht: „Grundsätze zur Evakuierung und Dezentralisierung der Bevölkerung (...) in der DDR“, die exakt nach dem Muster von „Festigung“ erarbeitet worden sind. Im Falle einer „imperialistischen Aggression“ waren in einer ersten Phase in „einem äußerst begrenzten Zeitraum“ Teile der wichtigsten staatlichen und gesellschaftlichen Organe zu evakuieren. Ähnlich wie bei „Festigung“ konnten danach die BEL bei „unerwarteten Angriffen“ die Evakuierung für ihr Territorium in eigener Zuständigkeit anordnen.⁶⁶

Durch Festigung ist ganz sicher eine Einschüchterung der Grenzbevölkerung erzielt worden. Doch die Beunruhigung der Grenzbevölkerung, die auch mit anderen oder weniger aufwendigen Mitteln zu erzielen gewesen wäre,⁶⁷ war in dem erzielten Maße offenbar gar nicht erwünscht, und es mußten anschließend

63 BArch MZAP, DVW 1/43698, Geheime Kommandosache Nr. 1196/6, S. 11 f.

64 Bennewitz/Potratz, S. 252 f.

65 Ebenda, S. 166 f.

66 Ebenda, S. 167 f.

67 Inhaftierung, Enteignung, Entzug der Konzessionen für Inhaber von Gaststätten, Pensionen und Hotels, den 1952 besonders Betroffenen.

„Beruhigungsmaßnahmen“ eingeleitet werden. Die Sinnlosigkeit der Blitzaktionen vom Herbst 1961 wird besonders bei den Räumungen an der Berliner Mauer deutlich: Innerhalb von wenigen Stunden waren die Menschen umquartiert, ihre Wohnungstüren versiegelt. Die Wohnung mindestens einer Familie ist sogar in Abwesenheit geräumt worden: Anfang Oktober aus dem Urlaub zurückgekehrt, stand sie vor der versiegelten Wohnungstür. Da kein abgesperrtes Grenzgebiet existierte, konnten die Betroffenen noch am selben Tage fast ungehindert in die Miethäuser oder Lauben⁶⁸ zurückgelangen, aus denen man sie vertrieben hatte.

Mit „Festigung“ (und in kleinerem Rahmen mit den Blitzaktionen an der Berliner Sektorengrenze und an der Außengrenze um West-Berlin am 28. und 29. August) konnte erstmals unter realistischen Bedingungen ausprobiert werden, ob das Zusammenspiel aller in den KEL und BEL vertretenen Einrichtungen funktionieren würde, das am Tag „X“ funktionieren mußte. Ob dies letztendlich eigentliches Ziel der Aktion war, wird nie endgültig zu klären sein – Akten, die dies direkt bestätigen, sind nicht zu erwarten. Am Tag „X“ mußte auch der Zugriff auf die Personen reibungslos funktionieren, welche in die vorgesehenen Isolierungslager eingewiesen werden sollten. Auch dies ist unter realistischen Bedingungen ausprobiert worden, indem in der Aktion „Katzensprung“ 1982 mindestens 18 unschuldige Menschen willkürlich festgenommen bzw. zur Kriminalpolizei gelockt, nach kurzer Zeit aber wieder freigelassen worden sind.⁶⁹

So makaber es klingen mag: Die im MfS verfaßten zahlreichen Auswertungsberichte über „Festigung“ könnten heute noch wertvolle Hinweise liefern für im nuklearen Katastrophenfall notwendige Evakuierungen. Die auf die Opfer verwandte, äußerst aufwendige (z. T. offene-) Observation hat viele stark beunruhigt, da sie ihnen – in Anbetracht ihrer politischen Bedeutungslosigkeit – völlig unsinnig erschien. Schließlich wurde dadurch auch herausgefunden, wie sie in der neuen Umgebung sozial integriert werden⁷⁰ und was sie ins Evakuierungsgebiet zurückzieht: vor allem eigentumsmäßige Bindungen.

Die ungelöste Frage nach dem „Warum“⁷¹ hat die Gespräche der Opfer, die sich in den Aufnahmeorten trotz Herkunft aus verschiedenen Grenzkreisen zusammenfanden, immer beherrscht. Mit „Säuberung“, einem ursprünglich aus der kommunistischen Parteitheorie stammenden und später zum systematischen Ausschluß von politisch Unerwünschten aus einer Partei benutzten Begriff,⁷² wurden die Aussiedlungen gerechtfertigt und die Mittäter motiviert.

68 Scholze/Blask: Halt!, S. 115.

69 Auerbach, S. 114.

70 Bennowitz/Potratz, S. 273 ff.

71 Für die in Oberhof (1950/51) und an der Ostsee (1953 – „Rose“) Betroffenen ließ sich die Frage beantworten, Zweck der Aktionen war es, dem staatlichen FDGB lukrative Ferienheime einzuverleiben.

72 Mählert, Das Parlament, S. 38.

5. Rehabilitierung und Entschädigung

5. 1. Der Kampf um gesetzliche Regelungen

Bereits bis Anfang Dezember 1989 hatten zahlreiche Zwangsausgesiedelte beim MdI der DDR eine öffentliche Entschuldigung, ihre Rehabilitierung und eine Wiedergutmachung gefordert, so daß man gezwungen war, die bei den Aktionen verwendeten Verordnungen auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen. Schon im März 1990 kam das inzwischen in „Ministerium für Innere Angelegenheiten“ (MfIA) umbenannte Ministerium zu dem Ergebnis, daß die Verordnung vom 26. Mai 1952 als Rechtsgrundlage nicht in Betracht komme, da sie sich „nur an der Verhinderung des Eindringens von außen orientiert“ und es damit keine rechtliche Grundlagen für die Aktionen gegeben hatte. Gleichzeitig wurde unter Mitwirkung des Runden Tisches an einem Rehabilitierungsgesetz gearbeitet, das auch die Zwangsaussiedlungen berücksichtigte.

Unter großer Beachtung der Medien veranstaltete das Neue Forum Erfurt im April 1990 einen Kongreß der Zwangsausgesiedelten, der das finstere Kapitel DDR-Geschichte vom Tabu befreite und eine breite Öffentlichkeit sehr betroffen machte. Im Gespräch war eine Anzahl von 50.000 Opfern. Neben ihrer Rehabilitierung forderten die Zwangsausgesiedelten die Rückgabe des entzogenen Vermögens. Das Rehabilitierungsgesetz der DDR vom 6. September 1990 sah im 4. Abschnitt (Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung) die Rehabilitierung der Personen, die „aus dem Grenzgebiet der DDR zur BRD oder zu Berlin (West) zwangsweise ausgesiedelt wurden“ und die Rückerstattung (bzw. Entschädigung) von entzogenen Vermögenswerten vor.⁷³ Es wurde jedoch nicht als fortgeltendes Recht in den Einigungsvertrag übernommen, weil die Finanzierung nicht gesichert war. Die offizielle Begründung lautete: „Die Rechtsgrundlagen, die zur Zwangsevakuierung (...) geführt haben, konnten in der Kürze der Zeit nicht umfassend ermittelt werden.“⁷⁴ Der Bundesregierung stand bereits 1990 neben den Recherche-Ergebnissen des MfIA der DDR solides und zum Teil eigenes Informationsmaterial zur Verfügung:

Von dem 1953 veröffentlichten Weißbuch über „Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952“ ist noch 1987 ein faksimilierter Nachdruck erschienen. In einer anderen Broschüre der Bundesregierung, „Mitten in Deutschland – mitten im 20. Jahrhundert“, werden die Zahlen der von beiden Aktionen Betroffenen annähernd bzw. größenordnungsmäßig richtig wiedergegeben (1952: 8.000.; 1961: 2.000). „Festigung“ war westlichen Geheimdiensten schon fast drei Wochen vorher bekannt. Der im Westen bekannte Publizist Werner Barm war 1961 Ratsvorsitzender des Grenzkreises Osterburg (und dadurch Mitglied der KEL) und in dieser Funktion für Entschädigungsfragen im Zusammenhang mit der Aktion vom 3. Oktober 1961 zuständig. 1968 ist er offensichtlich mit

⁷³ Ebenda, S. 200 ff.

⁷⁴ Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, Pet 4-11-07-151, Prot. Nr. 12/4, S. 15.

detaillierten Informationen in den Westen geflüchtet und hat diese größtenteils in seinem Buch „Totale Abgrenzung“ veröffentlicht.

Der thüringische Landesbischof Moritz Mitzenheim hat 1952 in einem Brief gegen die Aussiedlungen qualifiziert und heftig protestiert. Der Brief dürfte der Bundesregierung seit 1991 bekanntgewesen sein. Er trägt die Handschrift eines versierten Juristen, untersucht die Verordnung vom 26. Mai auf ihren Mißbrauch und zählt die Rechtsgrundlagen auf, die gebrochen worden sind.⁷⁵

Für die Zwangsausgesiedelten begann am 29. Jahrestag von Aktion „Festigung“ ein jahrelanges Hickhack im Kampf um Wiedergutmachung mit immer wieder neuen abweisenden Argumentationen seitens der Bundesregierung. Falsche Behauptungen des Bundes der Zwangsausgesiedelten (BdZ in Erfurt), die Enteignungen (auch 1961) seien entschädigungslos erfolgt, lieferten einen bequemen Vorwand für weiteres Hinhalten.⁷⁶

Das noch 1990 in der DDR wirksam gewordene Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen⁷⁷ (VermG) teilte die zwangsausgesiedelten Grundeigentümer in zwei Gruppen. Diejenigen, die infolge ihrer Flucht in den Westen enteignet worden waren (fast ausschließlich Opfer der Aktion „Ungeziefer“) konnten ihr Vermögen schon 1991 zurückerhalten. Sie wurden jedoch nicht rehabilitiert.

Die Restitutions-Anträge derjenigen Zwangsausgesiedelten, die in der DDR geblieben waren und dort Entschädigung erhalten hatten, wurden von den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen (ÄROV) meist nicht einmal zur Bearbeitung angenommen. Lange Zeit sah es für sie so aus, als sei die Vermögensfrage mit ihrer Entschädigung durch die DDR endgültig gelöst und ihre Vertreibung zu Recht erfolgt.

Ein Argument zur Abwehr ihrer vermögensrechtlichen Ansprüche war der Verweis auf die Gemeinsamen Erklärung der Regierungen der DDR und der Bundesrepublik vom 15. Juni 1990, wonach nicht sämtliche, sondern nur „teilungsbedingte“ Vermögensverluste rückgängig zu machen bzw. auszugleichen waren, „denen Deutsche und Ausländer ausgesetzt waren, die die DDR verlassen haben oder die schon immer im Westen lebten“.⁷⁸ Daß die Aussiedlungen verbunden waren mit zwei der gravierendsten Ereignisse auf dem Weg zur deutschen Teilung, spielte dabei keine Rolle.

Erst im Februar 1992 machte Bundesminister Kinkel auf einem Kongreß der Zwangsausgesiedelten Zugeständnisse: Weil es sich um exzeptionelle, individuelle politische Verfolgung gehandelt habe, sollte eine von der Entschädigungsfrage unabhängige Vermögensrückgabe auf der Grundlage des Vermö-

75 Ebenda, S. 236 f.

76 Recht. Eine Information des Bundesministers der Justiz vom 3. Aug. und vom 31. Okt. 1991.

77 BGBl. II, S. 889.

78 Merkblatt – Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen 1, Ausgabe März 1995.

gensgesetzes erfolgen. Alle Rechtsansprüche sollten in einem zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (UnBerG) geregelt werden.⁷⁹

Doch bis zu dessen Inkrafttreten verstrich noch viel zuviel Zeit. Viele Enteignete versuchten deshalb weiterhin die Restitution ihres enteigneten Besitzes nach § 1 Abs. 3 VermG: „... unlautere Machenschaften, z. B. Nötigung (...)“ zu erreichen. Ihr Begehren wurde abgelehnt und von der Bundesregierung bis 1992⁸⁰ – neben dem Verweis auf „nicht teilungsbedingt“ – begründet mit: „(...) Die Verordnung vom 26. Mai 1952 war Rechtsgrundlage“. Vielleicht nachdem die Arbeitsgruppe Regierungskriminalität beim Berliner Landgericht Ermittlungen aufgenommen hatte⁸¹, ließ sich diese Auffassung schließlich nicht mehr halten, und sie wurde vorsichtig umformuliert in „diente als“. Nunmehr wurde – kaum merklich – die Vertreibung als Machtmißbrauch anerkannt; dessen Ziel müßte aber die Enteignung gewesen sein. Weil jedoch nicht sein konnte, was nicht sein durfte, wurde nach neuen abweisenden Argumenten gesucht. Schließlich berief sich das BMJ dann auf die „Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten“ vom 17. Juli 1952 und auf das Verteidigungsgesetz der DDR vom 20. September 1961 und stützte hierauf die Rechtmäßigkeit der Enteignung als selbständige, von der Aussiedlung unabhängige Verwaltungsentscheidung.⁸² Eine Rechtsauffassung, die ebenfalls bedenklich ist: Ohne jeden Zweifel war die Enteignung nur eine Folge der Vertreibung, denn die Zwangsausgesiedelten wären Eigentümer ihrer Grundstücke geblieben, wenn sie der Zwangsausiedlung durch einen freiwilligen Umzug ins Hinterland zuvorgekommen wären. Tatsache ist aber, daß es nicht Ziel der Vertreibung war, sich in den Besitz der Immobilien zu bringen.

Die Verordnung vom 17. Juli 1952 ist am 11. Juli 1953 aufgehoben und durch eine neue, ausgleichende Verordnung ersetzt worden.⁸³ Der § 10 des Verteidigungsgesetzes der DDR ist ganz offensichtlich mißbräuchlich angewendet worden. Im Gegensatz zu den Grundstücken an der Berliner Mauer und deren Pendanten an der innerdeutschen Grenze, „am Zaun“, wurden die Häuser und Wohnungen der Zwangsausgesiedelten anschließend wieder normal bewohnt. Sie sind enteignet worden, um die sozialen Bindungen zum „Grenzsperrgebiet“ zu kappen.⁸⁴

Das AROV in Meiningen hatte einem Grundeigentümer, der enteignet und von der DDR entschädigt worden war, die Restitution mit dem Argument verweigert, das VermG erfasse „ausschließlich Fälle des sogenannten Teilungsunrechts“. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hatte den Rechtsstreit schließlich am 4. Januar 1994 zu entscheiden und entschied zugunsten des Alteigentümers mit der Begründung, das VermG kenne „kein Teilungsunrecht“, und zu den „unlauteren Machenschaften“ zählten auch solche, nicht

79 Recht. Eine Information des Bundesministers der Justiz vom 11. März 1992.

80 Der Bundesminister der Justiz, V 3-4250/9-3 II -26 0108/92.

81 Inge Bennewitz.: Staatlich organisierte Gewaltkriminalität, in: Neue Zeit vom 19. Juni 1993, S. 27.

82 Der Staatssekretär des Bundesministeriums der Justiz am 27. August 1993 an die Autorin.

83 GBl. DDR S. 805 ff.

84 Bennewitz/Potratz, S. 148.

teilungsbedingte Fälle, in denen der Enteignung ein gesetzlich zugelassener Zweck offensichtlich nicht zugrunde gelegen habe.⁸⁵

Auch nachdem diese Entscheidung bekannt geworden war, änderte sich nichts an der ablehnenden Haltung der Bundesregierung gegenüber den zwangsausgesiedelten Grundeigentümern, die in der DDR entschädigt worden waren. Die AROV behandelten ihre Anträge weiter abschlägig – bis am 1. Juli 1994 das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (UnBerG) in Kraft getreten war und die ersten Alteigentümer Ende 1994 eine Rehabilitierungsbescheinigung vorlegen konnten.

Bei der ganzen Argumentation der Bundesregierung, die im krassen Gegensatz zu den Lippenbekenntnissen auf der Bundestagssitzung am 18. Juni 1952 steht, ging es nicht um Recht oder Gerechtigkeit. Es ging ums Geld. Wo wirtschaftliche Gründe dies geboten erscheinen ließen, wurde anders verfahren. Den von Aktion „Rose“ 1953 an der Ostsee Betroffenen wurden die enteigneten Grundstücke trotz Rechtsunsicherheit bereits 1991 zur Verfügung gestellt.⁸⁶ Aber das ehemalige Grenzsperrgebiet, seit 1952 systematisch seiner Infrastruktur beraubt, war für Investitionen völlig uninteressant.

5.2 Mängel in den geltenden gesetzlichen Regelungen

5.2.1 Das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG)

Das VermG ist eines der wenigen Wiedergutmachungsgesetze, das keine „Unwürdigkeitsklauseln“ enthält und wurde noch in der DDR in Kraft gesetzt.⁸⁷

Eine Hauptkritik am VermG zielt darauf, daß es die Restitution (bzw. Entschädigung) ohne jegliche Differenzierung regelt, die nach den eigentlichen Ursachen der Enteignung fragt – es spielt keine Rolle, ob der Vermögensverlust durch politische Verfolgung verursacht worden ist oder ob es ganz private Anlässe gab, Vermögen in der DDR aufzugeben. Dabei hätte die Klärung solcher Hintergründe keines zusätzlichen Aufwandes bedurft, denn diejenigen, für die das Gesetz vor allem geschaffen worden ist, „die die DDR verlassen haben“ und in der DDR entschädigungslos enteignet worden sind, verfügen im allgemeinen über die Anerkennung als politische Flüchtlinge – oder auch nicht.

Die Bestimmungen des VermG sind seit 1990 mehrfach geändert worden. Die ursprünglich gültige Version sah in § 7 einen Ausgleich aller Wertveränderungen vor: „Bei der Rückübertragung von Vermögenswerten (...) sind die seit dem Übergang in Volkseigentum aus Mitteln des Staatshaushaltes finanzierten Werterhöhungen sowie die eingetretenen Wertminderungen festzustellen und

85 Ebenda, S. 206.

86 „Auf Rügen war die Saison gerettet“ titelte die FAZ am 5.4.1991.

87 Der Entwurf war fertig aus Bonn gekommen.

auszugleichen“. In der Neufassung von 1992⁸⁸ entfiel aus fiskalischen Gründen der Ausgleich von Wertminderungen, beibehalten wurde dagegen, daß der Alteigentümer die Kosten für vom Verfügungsberechtigten vorgenommene Werterhöhungen durch Bebauung, Modernisierung und Instandsetzung zu tragen hat – allerdings nur bis zu einem Wert von 10.000 M pro Kalenderjahr und mit einer Abschreibung von jährlich 8%. Eine relativ großzügige Lösung, aber der Gleichheitsgrundsatz war nicht mehr gewahrt.

1994 ist das VermG noch einmal zu Lasten der Alteigentümer geändert worden.⁸⁹ Zu ihren Ungunsten ist 1995 auch das Lastenausgleichsgesetz (LAG) drastisch geändert worden.⁹⁰

5.2.2 Das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (UnBerG)⁹¹

Die wichtigsten Artikel des 2. SED-UnBerG, das wie fast alle Wiedergutmachungsgesetze „Unwürdigkeitsklauseln“ enthält, sind das Verwaltungsrechtliche- (VwRehaG – Artikel 1) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG – Artikel 2). Die Zwangsausgesiedelten sind die einzige Opfergruppe, der *expressis verbis* zugestanden wird, daß die zugrundeliegende Art der Verfolgung mit „tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates schlechthin unvereinbar“ ist. Grundsätzlich erhält jedoch nur derjenige Antragsteller einen Rehabilitierungsbescheid, der berechnete materielle Entschädigungsansprüche – bedingt durch Vermögensentzug, gesundheitliche Beeinträchtigung oder berufliche Benachteiligungen – nachweisen kann, wenn die Folgen noch „unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken“.

5.2.2.1. Gesundheitliche Beeinträchtigung und berufliche Benachteiligung

Bei mehr als 90% der Opfer lag die Aussiedlung Mitte 1994 genau 45 bzw. etwa 36 Jahre zurück – die Generation der Eltern ist heute fast völlig ausgestorben. Von den im BerRehaG vorgesehenen Ausbildungsbeihilfen kann kaum noch ein von den beiden Aktionen Betroffener profitieren. Relativ einfach gelingt der Nachweis beruflicher Benachteiligung bei Lohn- und Gehaltsempfängern. Unter den Zwangsausgesiedelten waren aber viele Selbständige, die lange Zeit zur Untätigkeit verurteilt waren, weil ihr Gewerbe in dem aufgezwungenen Wohnort nicht gebraucht wurde oder Maschinen und Ausrüstungen im Grenzgebiet zurückgeblieben waren.

Sehr problematisch ist die Anerkennung gesundheitlicher Schäden, da sie oft psychischer Art sind, inzwischen Jahrzehnte zurückliegen und einige Besonderheiten der Zwangsausiedlungen nicht beachtet werden. Besonders bei der

88 BGBl. I, S. 1446 ff.

89 BGBl. II, S. 3619 ff..

90 BGBl. I, S. 1090 ff.

91 BGBl. I, S. 1311 ff.

Antragstellung mit gesundheitlichen Folgeansprüchen durchleben die Opfer das Trauma der Verfolgung erneut, wägen Aufwand und Nutzen gegeneinander ab und befinden ersteren für zu hoch. Sie nehmen Abstand von der Antragstellung, weil sich herumgesprochen hat, daß es schwierig ist, gesundheitliche Folgeansprüche durchzusetzen. Dasselbe Problem haben Opfer politischer Inhaftierung.

Ein Forschungsprojekt der Technischen Universität Dresden hat sich mit den psychischen Spätfolgen politischer Inhaftierung in der DDR beschäftigt. Diese machen sich in Form der sogenannten posttraumatischen Belastungsstörungen (PTSD) bemerkbar, ein Krankheitsbild, das auch bei vielen Opfern von Kriegen, Gewalt und Naturkatastrophen auftritt. Generell sind posttraumatische Belastungsstörungen durch fünf Kriterien bestimmt, die sämtlich auf die Zwangsausgesiedelten zuzutreffen scheinen:

1. Belastung durch ein außerhalb des normalen menschlichen Erfahrungsbereiches liegendes traumatisches Ereignis, das in den meisten Fällen tiefes Erschrecken, Grauen oder Leiden hervorruft.
2. Vorliegen eines Erinnerungsdrucks durch ungewollte, belastende Wiedererinnerung, die besonders vor dem Einschlafen auftritt.
3. Existenz von Vermeidungs- und Rückzugsverhalten, die im Zusammenhang mit dem traumatischen Ereignis stehen.
4. Anhaltend erhöhtes inneres Erregungsniveau.
5. Vorhandensein der Symptome länger als einen Monat nach dem Erlebnis.

Die Psychologen haben auch untersucht, welche Faktoren eine PTSD verstärken bzw. verschlimmern und welche eine schützende oder heilende Wirkung haben. Zu den heilsamen Faktoren gehört es, wenn der Verfolgte dem Ereignis einen Sinn zuordnen kann, wenn er anschließend gut sozialisiert wird und wenn die Haftzeit nicht von sehr langer Dauer ist,⁹² das heißt, wenn Licht am Ende des Tunnels sichtbar ist.

Eine wissenschaftliche Untersuchung von psychischen Folgen politisch bedingter Zwangsumsiedlung in der DDR steht noch aus.

Die genannten heilende Faktoren gab es für die Zwangsausgesiedelten kaum. Das Licht am Ende des Tunnels war an das Ende der DDR geknüpft und daher nicht sichtbar. Eine Sozialisierung war durch die Tabuisierung ihres Schicksals, durch ihre Diskriminierung, Diskreditierung und Ächtung erschwert, eine Sinnzuordnung für die meisten unmöglich.

5.2.2.2 Vermögensrechtliche Folgeansprüche

Die einzigen den Zwangsausgesiedelten im 2. SED-UnBerG expressis verbis zugesicherten und daher relativ leicht durchsetzbaren Folgeansprüche sind vermögensrechtlicher Art (§ 1 Abs. 3) und verweisen auf das VermG. Von fataler Wirkung ist dabei § 2 Abs. 4 (VwRehaG): „Bei den Folgeansprüchen sind auf Grund desselben Sachverhalts erbrachte andere Ausgleichsleistungen zu berücksichtigen, sofern sie tatsächlich zugeflossen sind“. Hinter dem schwer zu durchschauenden Satz verbirgt sich die Absicht, bei Restitution die gesamte von der DDR gezahlte Entschädigung (im Verhältnis der Währungsumstellung 2:1) einzukassieren, unabhängig davon, ob die Werte (Gebäude, totes oder lebendes Inventar) zurückgegeben werden können oder nicht und unabhängig davon, ob ein Teil des Geldes anschließend durch Vermögenssteuerepflicht wieder abgeflossen ist (was nicht verhindert werden konnte, da die Entschädigungssummen auf Sperrkonten eingingen, von denen in der Regel jährlich nicht mehr als 3.000 M⁹³ abgehoben werden durften).

Die Forderung nach Rückzahlung der Entschädigung für lebendes Inventar ist ganz offensichtlich unsinnig, so daß ein Mitarbeiter des BMJ im September 1995 anlässlich einer öffentlichen Anhörung⁹⁴ erklärt und in Aussicht gestellt hatte, von der Rückzahlung der Entschädigung für Vieh könne vielleicht durch „Koordinierung im Vollzug“ Abstand genommen werden. Abgesehen davon, daß diesbezügliche Bemühungen scheinbar im Sande verlaufen sind, wären damit andere Enteignete mit viel totem Inventar benachteiligt.

Bei Restitution sollte niemand durch Einbehalten der Entschädigung oder von den Kommunen finanzierten Wertverbesserungen „bereichert“ sein – wie es die Bundesregierung ausdrückt. Dieses Verbot der Bereicherung müßte aber auch für die Gegenseite, den Fiskus, gelten. Doch die Rückzahlung der Entschädigung für längst nicht mehr existierendes Inventar oder abgerissene Gebäude und der Wegfall des Ausgleichs für Wertminderungen führt dem Entschädigungsfonds, der eigentlich von der ganzen Gesellschaft zu tragen wäre, da es sich um Folgen deutscher Geschichte handelt, die 1933 begann, erhebliche Geldmengen zu. Die Abschaffung des Ausgleichs für Wertminderungen spart außerdem Verwaltungsaufwand ein. Schließlich müßte geprüft werden: Was ist noch vorhanden, was ist wertgemindert und um wieviel? Beide Regelungen (Rückzahlung der gesamten „tatsächlich zugeflossenen“ Entschädigung und Wegfall des Ausgleichs für Wertminderungen) zusammen gehen durch das sehr späte Greifen des 2. SED-UnBerG vor allem zu Lasten einer einzigen Gruppe von Verfolgten des SED-Regimes, der Zwangsausgesiedelten.

Der § 2 Abs. 4 (VwRehaG) wirkt für die Opfer besonders fatal in solchen Fällen, in denen auf kleinen Flächen viel Inventar und Gebäude verlorengegangen sind; wenn zusätzlich noch der heutige Verkehrswert niedrig ist, kann die zu-

93 Nur für den Erwerb von Grundbesitz konnte über größere Beträge verfügt werden; davon konnten jedoch nur sehr wenige Zwangsausgesiedelte Gebrauch machen.

94 Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion am 29. September 1995 in Berlin.

rückzuzahlenden Entschädigungssumme diesem nahekommen. Für solche Fälle ist das ehemalige Grenzgebiet geradezu prädestiniert:

- 1) Infolge der in der SBZ/DDR betriebenen Landwirtschaftspolitik dominierten relativ kleine Bauernhöfe: 82% der 1952 „freigewordene(n) Bauernhöfe“ waren kleiner als 20 ha, 60% kleiner als 10 ha.
- 2) Was heute meist zurückgegeben werden kann, Grund und Boden, ist damals sehr niedrig, z. T. mit 10 Pf pro qm Boden entschädigt worden.
- 3) Dinge, die auf Grund ihrer natürlichen Vergänglichkeit (Vieh, Maschinen) oder des krankhaften Sicherheitsbedürfnisses der SED (leerstehende Gebäude in Grenznähe, die Fluchtwilligen als Versteck dienen konnten, sind abgerissen worden) heute nicht mehr zurückgegeben werden können, sind relativ hoch bewertet worden, Rinder und Pferde u. U. mit bis zu 4.500 M.
- 4) Der heutige Verkehrswert für Grund und Boden im ehemaligen Grenzgebiet, seit 1952 systematisch seiner Infrastruktur beraubt, ist extrem niedrig. 1995 konnte man in Lütkenwisch/Elbe (gegenüber von Gorleben) einen Morgen Land für 1.000 DM erwerben. Die Stadt Dömitz/Elbe kauft den Quadratmeter Bauland in Stadtrandlage, wenige Minuten vom Bahnhof und nur wenige hundert Meter von der Löcknitz entfernt, gegenwärtig für 10 DM auf.
- 5) Beim Anlegen der dubiosen, zur Aussiedlung verwendeten Unterlagen von VP und MfS haben Neid und Mißgunst mit Sicherheit eine Rolle gespielt. Vor allem tüchtige Landwirte, die Grund hatten, den LPGen ablehnend gegenüberzustehen und wertvolle Herdbuchtieri oder landwirtschaftliche Großgeräte besaßen, waren betroffen.

Während das VermG selbst die zwangsausgesiedelten Grundeigentümer durch die starre Haltung der Bundesregierung in zwei Gruppen – Enteignete Ost und Enteignete West – geteilt hatte, produziert § 2 Abs. 4 des VerwRehaG im Zusammenwirken mit diesen fünf Faktoren, die der Gesetzgeber kaum überblicken konnte, hinsichtlich vermögensrechtlicher Ansprüche vier Fall-Gruppen:

I – Enteignete zwangsausgesiedelte „Grundeigentümer West“ verfügten oft schon vor der Neufassung des VermG 1992 und der Änderung des LAG 1995 über bestandskräftige Restitutionsbescheide. Da auch hier das Rückwirkungsverbot gilt, kann der Alteigentümer damit rechnen, daß er bei Restitution nur einen Teil des (in den 70er Jahren ausgezahlten) Lastenausgleichs zurückzahlen muß. Der Autorin ist ein solcher Fall bekannt, der aber ungenannt bleiben möchte, weil es ihn peinlich berührt, daß andere Zwangsausgesiedelte, die in der DDR geblieben sind, infolge der strikten Anwendung von § 2 Abs. 4 VwRehaG finanziell ungleich schlechter behandelt werden. Als das 2. SED-UnBerG in Kraft trat, traf „schwer und unzumutbar fortwirken“ in solchen Fällen nicht mehr zu.

Mangel: Es kann keine Rehabilitierungsurkunde ausgestellt werden (es sei denn, der Betreffende könnte Folgeansprüche gesundheitlicher oder beruflicher Art durchsetzen).

II – In einigen Fällen, z. B. im Kreis Mühlhausen, hatte der beherzte Landrat den in der DDR gebliebenen Zwangsausgesiedelten im Vorgriff auf zu erwartende gesetzliche Regelungen ihre enteigneten Immobilien schon 1991 zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Damit entstand eine schwierige Rechtslage. Auch hier traf „fortwirken“ 1994 nicht mehr zu. Davon betroffen ist Familie B. Damit die Grundbucheintragung erfolgen konnte, mußten Gesetze angewendet werden. Zur Anwendung kam u. a. § 2 Abs. 4 VwRehaG. Familie B. legt jedoch großen Wert auf die Rehabilitierung der „belasteten Person“, des Vaters August B., der drei Monate nachdem er wieder über seinen Besitz verfügen konnte, verstorben ist. In sechs verschiedenen Dokumenten aus den Jahren 1957 bis 1961 ist ihm Mitgliedschaft in der SS, der Waffen-SS, der SA und der NSDAP vorgeworfen worden. Das war die Ursache für seine Aussiedlung, die den tragischen Freitod seines Sohnes zur Folge hatte. Das Rehabilitierungsamt hat dem antragsberechtigten Erben zwar mitgeteilt, daß es im ehemaligen Document Center der Amerikaner in Berlin-Zehlendorf keine Akten über August B. gibt und damit die Behauptungen der NS-Verquickung unwahr sind, eine förmliche Rehabilitierung aber nicht erfolgen könne, da die Folgen nicht mehr „unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken“. Die Familie wurde gebeten, zu überlegen, ob sie den Rehabilitierungsantrag nicht zurückziehen wolle.

Mangel: Es können nach § 2 Abs. 4 VwRehaG hohe Entschädigungssummen zurückgefordert werden, und es kann nicht rehabilitiert werden.

III – Familie D. aus Lütkenwisch/Elbe war 1961 von „Festigung“ betroffen und ist in der DDR geblieben. Daher bekam sie einen ordentlichen Rehabilitierungsbescheid. Für die Familie kam die Hiobsbotschaft erwartungsgemäß vom zuständigen AROV. Auf das vom Staat angelegte Sperrkonto von Heinz D. waren u. a. 38.983 M für Inventar eingegangen, das er 1958 in die LPG eingebracht hatte. Damit stieg die Summe auf ein vermögens-steuerpflichtiges Niveau, und es flossen insgesamt ca. 11.000 M an Vermögenssteuer wieder ab, weil Herr D. jährlich nur über 3.000 M verfügen konnte. Zurückgegeben werden konnten 1995 nur noch der Grund und Boden und ein verfallenes Viehhaus⁹⁵, Dinge, die 1961 etwa 35% aller Werte ausgemacht hatten. Zurückgezahlt werden mußte die gesamte Summe, die „tatsächlich zugeflossen“ ist (geteilt durch 2 durch die Währungsumstellung) in Höhe von 71.094 DM – rund 142.188 M⁹⁶ waren auf das Sperrkonto eingegangen. Damit hat Familie D. den Familienbesitz 1995 mit etwa 50% des Verkehrswertes zurückerworben. Diese Relation ist noch relativ günstig, da die zurückgegebene Fläche mit einer Größe von 31,0760 ha Grund und Boden weit über dem DDR-Durchschnitt lag und das wertvollste Gebäude – ein mit 16.000 M bewerteter Viehstall – erhalten geblieben ist.

Mangel: Es entstehen unzumutbar hohe Rückzahlungsforderungen.

⁹⁵ Das zurückgegebene Stallgebäude ist 1961 mit 16.000 M bewertet worden.

⁹⁶ Zu der zuerst festgestellten Summe von 140.871 M kamen später noch 1.317 M hinzu.

IV – Bestätigt sich bei einem enteigneten und in der DDR entschädigten zwangsausgesiedelten Grundeigentümer die Mitgliedschaft in der Waffen-SS oder die Tätigkeit als Ortsbauernführer, müßte auf Zutreffen von „Unwürdigkeitsklauseln“ gemäß § 2 Abs. 2 VwRehaG geprüft werden. Sind sie zutreffend, kann nicht rehabilitiert werden, und es besteht keinerlei Recht auf Folgeansprüche. In solchen Fällen könnte man sagen, daß die Restitution nicht möglich ist, weil sie „verfolgungsbedingt“ und nicht „teilungsbedingt“ war. Wäre der betroffene Grundeigentümer vor seiner Enteignung in den Westen geflüchtet, hätte er schon 1991 einen bestandskräftigen Restitutionsbescheid in Händen halten können – ohne Prüfung seiner Person.

Mangel: Bei NS-belasteten Zwangsausgesiedelten kann keine Restitution (bzw. Entschädigung) erfolgen, wenn sie in der DDR geblieben sind.

V – In Anbetracht der „exzeptionellen, individuellen politischen Verfolgung“ der Zwangsausgesiedelten wäre zu erwarten, daß enteignete Grundeigentümer sowohl rehabilitiert werden als auch, daß bei Restitution vertretbare Rückzahlungsforderungen entstehen. Diese Konstellation gibt es nur, wenn ein AROV den Mut besitzt, gegen die Intentionen der Bundesregierung (§ 2 Abs. 4 VwRehaG – „sofern tatsächlich zugeflossen“) zu verstoßen, was scheinbar äußerst selten vorkommt.

Weil das ehemalige Grenzgebiet für Investitionen relativ uninteressant ist, kann dort relativ häufig restituiert werden. Für viele Zwangsausgesiedelte ergibt sich aber eine besondere Situation. Die Kommunen hatten wegen der geringen Mieteinnahmen und hohen Unterhaltungskosten für Gebäude kein übermäßig großes Interesse an der Übernahme mancher Immobilien. Wenn Zwangsausgesiedelte noch Verwandte im Grenzgebiet besaßen, wurde ihnen oftmals angeboten, den Grundbesitz auf diese zu übertragen, weil sonst enteignet worden wäre. Viele haben davon Gebrauch gemacht, oft haben die Verwandten den Besitz später verschenkt oder verkauft, so daß jetzt Entschädigung in Kauf genommen werden muß. Die Bearbeitung solcher Anträge ist problematisch und langwierig. Entschädigung ist aber nach dem 1994 in Kraft getretenen Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EAGL)⁹⁷ meist wesentlich ungünstiger als Restitution und soll nicht näher erörtert werden, da die Einzelheiten bekannt sind und in der Öffentlichkeit starke Beachtung finden.

6. Leben im Grenzgebiet

6.1. Das Jahr 1952

Abgesehen von wenigen Industriestandorten (Boizenburg mit der Elbwerft, ein Kraftwerk in Harpke, eine Lederfabrik in Hirschberg und Kalischächte im

97 BGBl. I S. 2624 ff.

Kreis Eisenach) war das ehemalige Grenzsperrgebiet an der innerdeutschen Grenze überwiegend von Agrarstruktur geprägt. Insgesamt 653 Ortschaften lagen 1952 darin – nur sieben hatten mehr als 5.000 Einwohner: Dassow, Boizenburg, Dömitz, Oebisfelde, Hötensleben, Ilsenburg und Ellrich. 81 Orte hatten mehr als 1.000 Einwohner und 565 weniger als 1.000⁹⁸. Der weitaus überwiegende Teil der Grenzbevölkerung lebte also in kleinen Dörfern. Im 500-m-Schutzstreifen und in der 5-km-Sperrzone wurden 1952 genau 389.267 Bewohner registriert und bekamen von der Deutschen Volkspolizei Stempel in den Personalausweis.⁹⁹

Durch die Polizeiverordnung vom 27. Mai 1952 wurden in der 5-km-Sperrzone öffentliche Versammlungen genehmigungspflichtig und mußten bis 22 Uhr beendet sein. Wer ständig im Sperrgebiet arbeitete, bekam einen befristet gültigen Sonderausweis. Für vorübergehenden Aufenthalt in der Sperrzone mußte ein Passierschein beantragt, Ein- und Ausreise bei der Volkspolizei gemeldet werden. Westdeutsche durften gar nicht mehr einreisen.

Besonders strenge Regeln herrschten im 500-m-Schutzstreifen. Öffentliche Gaststätten, Kinos, Erholungsheime usw. wurden geschlossen, Versammlungen jeglicher Art (auch Parteiversammlungen und Gottesdienste) verboten. Die dort Ansässigen bekamen von der Grenzpolizei einen gesonderten Stempel in den Ausweis. Passierscheine für den vorübergehenden Aufenthalt wurden von der Grenzpolizei ausgestellt, deren Inhaber mußten sich unverzüglich bei der Grenzpolizei an- und abmelden und vorgeschriebene Wege benutzen. Mitverantwortlich für die Einhaltung dieser Regeln war die ortsansässige Bevölkerung, die außerdem verpflichtet war, Personen, die „sich widerrechtlich in dem 500-m-Schutzstreifen aufhalten, sofort der Deutschen Grenzpolizei zu melden.“ Die Aufenthaltsberechtigungen hatten für nur jeweils einen Grenzkreis Gültigkeit. Der Aufenthalt im Freien war im 500-m-Schutzstreifen nur in der Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang erlaubt – eine besonders gefährliche Bestimmung, deren Tragweite kaum zu überblicken ist.

Die Produktion einer Reihe von kleineren Betrieben sollte eingestellt werden.¹⁰⁰ Noch im Juni 1952 wurden Mitarbeiter volkseigener und gleichgestellter Einrichtungen auf ihre politische Zuverlässigkeit überprüft. Im Ergebnis wurden Tausende Beschäftigte entlassen oder an weniger verantwortlicher Stelle bzw. andere Orte umgesetzt.

In absehbarer Zeit würden die Erschwernisse zu einem dramatischen Sinken der Einwohnerzahlen führen. Dem versuchte der Staat bereits 1952 mit der „Anordnung über die Vergünstigungen für die an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Westzonen wohnenden Bevölkerung“ gegenzusteuern. Die Verordnung, ebenfalls in Plakatform bekanntgegeben, trat am 1. Juni in Kraft und brachte den Grenzbewohnern

98 SAPMO BArch ZPA IV 2/13/10, Bl. 386 ff (Die Aufstellung enthält einerseits Orte, die nicht im Grenzgebiet lagen, andererseits fehlen einige).

99 Kinder unter 14 Jahren wurden in den Ausweis der Eltern eingetragen.

100 SAPMO BArch, IV 2/13/10, Bl. 14 ff.

spürbare finanzielle Vorteile. Arbeiter und Angestellte in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben erhielten einen Lohn- und Gehaltszuschlag von 15%, Rentner einen Zuschlag von 10 M. Außerdem gab es Zusatzlebensmittelkarten. Das Ablieferungssoll für Getreide, Kartoffeln, Schlachtvieh, Milch, Eier usw. wurde je nach Wirtschaftsgröße um 20% bzw. 10% (über 20 ha), die Handwerkssteuer wurde um 10%, die Einkommensteuer für freie Berufe um 15% gesenkt. Kinder von Einwohnern der Sperrzone wurden generell von der Schulgeld-Zahlung befreit.

Dies waren Vergünstigungen, um welche die Einwohner aus der Umgebung im Hinterland die Grenzbewohner beneideten, ohne zu ahnen, wie hoch die Belastung für den einzelnen ständig und besonders im Notfall war. Doch die finanziellen Vergünstigungen konnten nicht verhindern, daß infolge der Restriktionen ab 1952 ein dramatisches Absinken der Einwohnerzahl in fast allen Orten begann.

Auf Grund der Verordnungen vom 26. Mai 1952 und vom 9. Juni 1952 wurde am 3. Mai 1956 durch den Ministerrat der DDR eine neue Sperrgebiets-Ordnung, die „Verordnung zur Erleichterung und Regelung von Maßnahmen an der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik“ erlassen, die gegenüber der Verordnung vom 27. Mai 1952 einige Erleichterungen aufwies.¹⁰¹ Z. B. durften Personen aus der „Deutschen Bundesrepublik“, Westberlin und dem Ausland wieder einreisen.

6.2. Von 1961 bis zur Wende in der DDR

Nach dem Bau der Mauer wiederholte sich das Geschehen von 1952 – in perfektionierterer Form. In dem Schreiben an die Ersten Sekretäre vom 11. September wird behauptet, die Einschränkungen und Beschwerden für die Bevölkerung seien notwendige Opfer, geeignet, sie für alle Bürger der DDR als Beispiel „an hoher Moral und Standfestigkeit“ gelten zu lassen. Die Ziele sollten vor allem durch ideologische Maßnahmen und eine Einbeziehung breiter Teile der Bevölkerung erreicht werden. Zahlreiche Flugblätter wurden in Umlauf gebracht, in denen Bewohner der Grenzkreise offen angegriffen wurden. Es wurde angewiesen anzustreben, daß „Besitzer von Fernsehempfängern freiwillig den Kanal für das Westfernsehen ausbauen lassen“, in Gebieten, wo das Fernsehen der DDR nicht empfangen werden konnte, sollten die „Organe der Post die Fernsehzulassungen kündigen und dafür sorgen, daß die Empfänger außer Betrieb gesetzt“ und neue Geräte nicht mehr verkauft werden. Wegen „organisierte(m) Westfernsehen und Verbreitung westlicher Nachrichten“ waren zur „Mahnung und Warnung“ vorbereitete Strafprozesse durchzuführen und politisch auszuwerten.¹⁰² Im gesamten Kreisgebiet waren Mitarbeiter der Räte der Kreise, Richter, Staatsanwälte, Notare und Justizangestellte, leitende Mitarbeiter der Schwerpunktbetriebe, der HO und des Konsums, Angestellte

¹⁰¹ GBl. I, S. 385 ff.

¹⁰² SAPMO BArch ZPA J IV 2/2/763, Bl. 21.

der Post und des Verkehrswesens und ähnlicher Institutionen, im Sperrgebiet zusätzlich zu diesem Personenkreis außerdem Lehrer, Agronomen, Brigadiere, Pflanzenschutzleute, Zootechniker und Mitarbeiter der MTS, RTS, VEB, VEG, LPGen zu überprüfen, ggf. auszuwechseln und zu ersetzen.¹⁰³

Weitere Maßnahmen für die Wirtschaft, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiet, folgten, die eine starke Veränderung von Natur und Umwelt nach sich zogen. Hochwachsende Kulturen durften nicht mehr angebaut werden – Bäume und Sträucher in Grenznähe wurden ausgemerzt, Bodenunebenheiten beseitigt. An der Elbe wurden in direkter Flußnähe neue Deiche angelegt, bereits vorhandene mit diesen auf eine Höhe abgeglichen, um freies Schußfeld zu schaffen. Dadurch ist heute ein großer Teil des Landschaftsgebietes gestört. Weitere Betriebe und Einrichtungen wurden ausgelagert.

Alte Registriervermerke verloren am 25. September ihre Gültigkeit. Wer in Abwesenheit ausgesiedelt worden war, kam dadurch nicht mehr ins Sperrgebiet.

Auf Grund der Verordnung des Ministerrats der DDR vom 3. Mai 1956 wurde im September 1961 eine neue Sperrgebietsordnung erlassen und wiederum in Plakatform bekanntgemacht.¹⁰⁴ Westdeutsche und Westberliner durften nun wieder nicht mehr ins Sperrgebiet einreisen. Außerhalb geschlossener Ortschaften des 500-m-Schutzstreifens war der Aufenthalt nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gestattet, innerhalb geschlossener Ortschaften war „der Aufenthalt auf Straßen, der Verkehr aller Arten von Transportmitteln und das Arbeiten im Freien in geschlossenen Ortschaften“ je nach Jahreszeit zu unterschiedlicher Nachtzeit verboten, von November bis Februar ab 21.00 Uhr. Auf welche Art und wieviele Grenzbewohner Opfer dieser rigiden Bestimmungen wurden, ist unbekannt. Ein tragischer Zwischenfall ereignete sich im 500-m-Schutzstreifen in der Sylvesternacht 1965/66: Alfred Lill, ein Vater von vier kleinen Kindern aus Viehle an der Elbe, wurde unmittelbar vor seiner eigenen Haustür durch gezielte Schüsse eines Grenzlers getötet.¹⁰⁵

Aktion „Festigung“ hat die Grenzbevölkerung und sogar manchen, der daran aktiv beteiligt war, zutiefst erschüttert und beunruhigt, zu einem Zeitpunkt, als „Ungeziefer“ noch längst nicht vergessen war. Das belegen Briefe von Einwohnern, die im Grenzgebiet des Kreises Grevesmühlen zurückgeblieben waren. Etwa 14 Tage lang ist im Oktober 1961 – zumindest im Bezirk Rostock – der gesamte Briefverkehr in einer Sonderaktion kontrolliert worden. Inhalte, die sich auf die Aktion „Festigung“ bezogen, wurden abgeschrieben. Sie geben ein plastisches Bild der Verängstigung wieder:¹⁰⁶

„ (...) Betroffen waren hauptsächlich Menschen, die irgendwie auffielen, nicht zur Wahl gingen oder die Antenne nicht richtig einstellten. L. hat nachher ge-

103 Von der Überprüfung waren etwa 100.000 Personen betroffen – Barm, S. 71.

104 SAPMO BArch, ZPA J IV2/3/763, Bl. 49 ff.

105 NDR 1 – Radio MV am 2.1.1995.

106 Bennewitz/Potratz, S. 275 ff.

sagt, ihm hätten auch die Knie gezittert, und er hätte auch gesehen, wie andere, die sonst so klug reden, sich umgedreht hätten, weil sie auch weich wurden“ hieß es in einem Brief vom 14. Oktober (ohne Angabe des Absenders) nach Köln.

Ohne Angabe des Namens wurde am 13. Oktober in Dassow ein Brief nach Dachau aufgegeben: „Bei uns war in der letzten Zeit was los. Es hat hier sehr, sehr viele Tränen gegeben. Wohnen tut seitdem hier nicht mehr G. und F., E., Du verstehst. Es geschah mit denen das gleiche wie mit B. In Dassow waren es 20 Familien, unter anderem H.‘s. Es war hier furchtbar, wie die abtransportiert wurden. Wir wunderten uns nur, daß wir nicht dabei waren. Bei der nächsten Aktion sind wir dabei.“

Ob die durch „Festigung“ verursachte Einschüchterung der Grenzbewohner Grenzsicherheit erzeugt hat, bleibt zu bezweifeln.

Fluchtwilligen Unterschlupf zu gewähren oder eine Vorbereitung nicht anzuzeigen, war nach der Grenzordnung verboten und konnte als „Beihilfe“ oder „Nichtanzeige“ mit Freiheitsentzug geahndet werden. Das waren „Delikte“, von denen sich Grenzbewohner eher durch die Angst vor den Gefängnissen der DDR als vor einer Zwangsausiedlung abhalten ließen. Noch 1973 wurden allein im Bezirk Schwerin 22 Fälle von „Beihilfe“ und 10 Fälle von „Nichtanzeige“ registriert.¹⁰⁷ Auch Grenzbewohner, die nach 1961 Fluchtpläne hegten (vor allem Jugendliche) zogen kaum die Konsequenz einer möglichen Zwangsausiedlung der übrigen Familie in Erwägung. Vielmehr haben die Befürchtung, Familienangehörige und Freunde vielleicht niemals wiederzusehen, beim Scheitern für unbestimmte Zeit in DDR-Haft zu landen oder die Gefahr für das eigene Leben die Ausführung eines Fluchtvorhabens behindert.

Viele Grenzbewohner sind der Meinung, daß die „Ausweisungen aus dem Grenzgebiet“ kaum zur Grenzsicherheit beigetragen haben. Dazu waren einerseits „zu wenige“ davon betroffen. Andererseits gehört das Unvermögen zur Denunziation redlicher Menschen (die nichts weiter vorhatten, als unerlaubt von einem Teil ihres Heimatlandes in den anderen zu wechseln) mit so schwerwiegenden Folgen wie einer Inhaftierung oder Vertreibung, vielleicht zum Grundcharakter eines Menschen und ist durch das Vorführen von tragischen Schicksalen anderer Familien (Zwangsausiedlung) kaum zu erzielen. Eine solche Denunziationsbereitschaft wäre vielleicht auch eine Sache der politischen Einstellung gegenüber dem Regime – wer sie besaß, war von der potentiellen Gefahr der Zwangsausiedlung ohnehin nicht betroffen.

Im Interesse der Grenzsicherheit wurden viele Gebäude nahe dem 10-m-Kontrollstreifen abgerissen, ohne daß die Familien aus dem Sperrgebiet ausgesiedelt wurden. Ihnen bot man in der Regel mehrere Ersatzgrundstücke in unmittelbarer Umgebung an und ließ ihnen einige Wochen Zeit für den Umzug.¹⁰⁸

107 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, BdVP, 13.1/ 248, Bl. 16.

108 Ebenda, S. 180.

Mindestens 13 Ortschaften sind im Laufe der Jahre völlig abgerissen und dem Erdboden gleichgemacht worden¹⁰⁹, bis auf das schwer auszumachende Neuhof bei Gadebusch sind alle Orte noch im gültigen Postleitzahlenbuch aufgeführt: 23923 Bardowick, 98663 Billmuthausen, 07927 Dornholz, 98863 Erlebach, 29413 Grabenstedt, 29416 Jahrsau (Post Riebau), 96542 Kaulsroth (Post Mupperg), 98663 Leitenhausen, 23923 Lenschow, 96542 Liebau (Post Mupperg), 96528 Korberoth und 08527 Stöckigt.

Die Ausgaben für die Sperrzonenvergünstigungen belasteten den Staatshaushalt erheblich. 1973, als die pioniertechnische Absicherung ihre Perfektion nahezu erreicht hatte, wurden deshalb aus rein finanziellen Gründen einige größere Ortschaften aus dem Sperrgebiet ausgeklammert. Sicherheitsmäßig wurden sie teilweise weiter wie Grenzgebiet behandelt.

Durch zwei weiteren ZK-Direktiven zur Arbeit im Grenzgebiet von 1971¹¹⁰ und von 1982¹¹¹ wurden einige Erleichterungen eingeführt. In beiden wurden aber die staatlichen Organe verpflichtet, die „Zuverlässigkeit der im Grenzgebiet Wohnenden einzuschätzen“ und – wenn notwendig – deren Aussiedlung zu veranlassen. Scheinbar waren diese beiden ZK-Direktiven Auslöser für gehäufte Aussiedlungen in Einzelfällen. Oft war der Verstoß eines jugendlichen Familienmitgliedes gegen die Grenzordnung (illegaler Grenzübertritt, gescheitertes Fluchtvorhaben, Nichtanzeige, Beihilfe) Anlaß für die Aussiedlung der übrigen Familienmitglieder.¹¹² In der Zeit vom 1. Dezember 1979 bis zum 31. Mai 1982 sind im Bereich aller drei Grenzkommandos (Nord, Mitte, Süd) insgesamt 25 Anträge auf Aussiedlung gestellt und 14 realisiert worden.¹¹³

6.3. Das Leben im ehemaligen Grenzgebiet nach der Wende

In vielen nach der Wende erschienenen Publikationen wurde behauptet, die Bevölkerung im Sperrgebiet habe zum Schluß nur noch aus „politisch Zuverlässigen“ bestanden. Dies dürfte stark übertrieben sein. Aber deren Anteil an der gesamten Bevölkerung müßte infolge von Zwangsaussiedlung und Kaderaustausch, reglementiertem Zuzug und freiwilligem Wegzug wesentlich höher sein als im Inland, insbesondere in Orten, in denen die Einwohnerzahl bis auf weniger als 30% gegenüber 1952 zurückgegangen ist. Zwangsausgesiedelten, die zurückgezogen sind, schlägt mitunter eine feindliche Stimmung entgegen.¹¹⁴

109 Fuchs: Billmuthausen, S. 7.

110 Ebenda, S. 176.

111 SAPMO, BArch ZPA J IV 2/3/3358, Bl. 35 ff.

112 Bennewitz/Potratz, S. 180 ff. 1

113 Ebenda, S. 182.

114 Dies ist vielleicht auch darauf zurückzuführen, daß eine öffentlichkeitswirksame Rehabilitation bisher nicht erfolgt ist. In der Ehrenerklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Juni 1992 waren die Zwangsausgesiedelten kaum erkennbar.

Die beiden großen Aktionen und die Aussiedlungen in Einzelfällen blieben nicht ohne Einfluß auf die Grenzbevölkerung: Ein großer Teil hatte sich dem System im Angesicht der ständig sichtbaren „Sperranlagen“ und aus Angst vor Repressalien weitgehend angepaßt, die Kinder entgegen eigener politischer Überzeugung erzogen, sich in private Nischen verkrochen, zum Schein „Zweckverhalten“¹¹⁵ an den Tag gelegt und am „gesellschaftlichen Leben“ mitgewirkt. Viele haben mit den bewaffneten Organen zusammengearbeitet – als Freiwillige Helfer der Volkspolizei oder der Grenztruppen und für das MfS.

Im Grenzgebiet war das Niveau für „politisch-ideologische Diversion“ sehr niedrig angesetzt, wie ein MfS-Stimmungsbericht von 1961 zeigt: „Anläßlich des 1. Mai wurde in Steinbach (Heiligenstadt) passiver Widerstand ausgelöst. An der Maidemonstration nahm außer der Musikkapelle keine erwachsene Person teil, es demonstrierten nur die Schulkinder“.¹¹⁶

Bewohner des Grenzgebietes hatten meist wesentlich stärkere soziale Bindungen nach Westdeutschland als Bewohner aus dem Hinterland, deshalb lag die Fluchtrate dort über dem Landesdurchschnitt.¹¹⁷ Dies und die grenzspezifischen Enteignungsmaßnahmen, wie Zwangsaussiedlung und enteignete „Zaun-Grundstücke“, haben ähnlich wie im Gebiet um West-Berlin zu einer überdurchschnittlich hohen Zahl an offenen Vermögensfragen geführt, die mögliche Investitionen gebremst und den Gebäudeverfall befördert haben. Auch private Hausbesitzer, bis zur Aufhebung des Sperrzone nach der Wende von der Furcht vor Aussiedlung geplagt, haben sich gescheut, möglicherweise unnützlich in die Bausubstanz zu investieren.

Daß mehr als vier Jahre lang fast ausschließlich Grundstücke von Personen restituiert wurden, denen „die Enteignung ein Leben in Freiheit wert gewesen ist“¹¹⁸, und erst ab 1995 die von politisch Verfolgten, hat den Unmut vieler ehemaliger Grenzbewohner ausgelöst.

Das dramatische Absinken der Einwohnerzahlen in fast allen Grenzorten setzte sich nach der Wende weiter fort – bedingt nicht nur durch immer noch existierende soziale Bindungen zu Westdeutschen. Als sich am 10. November 1989 die Übergangsstellen an der innerdeutschen Grenze öffneten, setzten sich Auto-Schlangen der Ostdeutschen in Richtung Westen in Bewegung, und getreu dem Motto „Kommt die DM nicht zu uns, gehen wir zu ihr“ begann die Suche nach einem Arbeitsplatz jenseits der Grenze. Die kurze Distanz zwischen Grenzkreis im Osten und Arbeitsstelle im Westen machte eine Wohnungssuche meist überflüssig. Freizeit- und größere Dienstleistungseinrichtungen, besonders mit westlichem Niveau, fehlten auf östlicher Seite völlig. Anfangs ließen die Pendler mit ihrer Arbeitskraft zunächst einen Teil ihres Einkommens

115 Vokabular des MfS.

116 Bennewitz/Potratz, S. 111.

117 Mitten in Deutschland, S. 14 f.

118 So argumentieren viele Bürger im ehemaligen Grenzgebiet gegen die Regelungen des Vermögensgesetzes.

im Westen, bald fanden sich dort Wohnungen, und Verwandte folgten oft dem Beispiel.

Wo ehemals traditionelle Urlaubszentren wie im Thüringer Wald und im Harz rechtzeitig auf Tourismus gesetzt haben und Raubbau an der Natur (in den Kaliabbaugebieten) die Umwelt nicht zerstört hat, finden sich die vom Bundeskanzler verkündeten blühenden Landschaften. Obwohl heute wieder mitten in Deutschland gelegen, machen aber viele Grenzorte der untergegangenen DDR nach wie vor einen stark verödeten Eindruck.

6.4. Beispiel: Die Stadt Dömitz an der Elbe¹¹⁹

In Dömitz, einer Kleinstadt am Unterlauf der Elbe, gab es bis kurz vor Kriegsende zwei Elbbrücken, eine Eisenbahn- und eine Straßenbrücke. Am 20. April 1945 wurden beide Brücken durch einen Luftangriff zerstört. Kurz nach Kriegsende sprengten die Sowjets eine bedeutende Dynamitfabrik der Alfred Nobel AG in die Luft – einschließlich Sport- und Freizeitanlagen. Das große Schulgebäude nahe dem Stadtzentrum setzten sie in Brand. Viel von dem, was die Niedersachsen und die Menschen aus der Umgebung früher in die Stadt gebracht hatte, gab es schon kurz nach Kriegsende nicht mehr.

1952 hatte die Einwohnerzahl den Vorkriegsstand wieder erreicht. Obwohl in Dömitz Grenztruppen stationiert waren und viele Offiziere mit ihren Familien in der Stadt wohnten, sank die Einwohnerzahl – von Landflucht unbeeinflusst – stetig ab, 1973, nach der Herausnahme des Ortes aus dem 5-km-Sperrgebiet – etwas verlangsamt. Solange das Sperrgebiet bestand, konnten die Einwohner aus Orten der näheren Umgebung, die nicht im Sperrgebiet lagen, nicht mehr nach Dömitz gelangen, auch nicht diejenigen aus Orten, die wenig unterhalb der Stadt direkt an der Elbe lagen: Dort begann das Sperrgebiet des Kreises Hagenow, und die Aufenthaltsgenehmigung galt nur für jeweils einen Kreis. Dies führte 1962 zur Auslagerung des Dömitzer Krankenhauses und der ihm angeschlossenen ambulanten Einrichtungen und wirkt sich noch heute nachteilig auf Leben und Treiben in der Stadt aus. Von der beabsichtigten Auslagerung des Krankenhauses hatten die Einwohner noch vor den Funktionären des Rates der Stadt erfahren, die entsprechende Nachfragen der Bürger auf Gerüchte „Gerüchte des Gegners“ zurückführten.¹²⁰

Um ein übersichtliches Schußfeld zu bekommen, legten die Grenztruppen in den 60er Jahren unmittelbar hinter den Elbbuhnen einen neuen, hohen Deich an, ein davor gelegener Sommerdeich wurde abgetragen. Dadurch sind der Strom und die auf ihm fahrenden Schiffe, ein faszinierendes Bild, bei Normalwasserstand nur noch von besonders erhöhten Punkten der Stadt aus zu se-

¹¹⁹ Das dramatische Absinken der Einwohnerzahlen in vielen Orten des ehemaligen Grenzgebietes ist von mehreren Faktoren, vor allem von Landflucht überlagert und kann daher nicht allgemeingültig beschrieben werden.

¹²⁰ SAPMO BArch, ZPA IV 2/13/273, „Im Bezirk Schwerin (...)“.

hen. Ein malerisches Bauwerk an der Hafeneinfahrt, der östliche Brückenkopf der 1873 fertiggestellten Eisenbahnbrücke, fiel noch 1988 dem Grenzregime zum Opfer und wurde abgerissen.

Von Aktion „Ungeziefer“ waren in Dömitz und den wenigen umliegenden Grenz-Dörfern des Kreises Ludwigslust insgesamt 228 Personen betroffen.¹²¹ Die Schrecken waren keineswegs vergessen, als am 30. August 1961 die „Probeaktion“ durchgeführt wurde, der zwei Familien und ein Junggeselle zum Opfer fielen (insgesamt 9 Personen). Der Einschüchterungseffekt war so gewaltig, daß er für viele Jahre nachgewirkt hätte. Aus den Gesichtspunkten – Einschüchterung, Machtdemonstration und Grenzsicherheit – war die fünf Wochen später erfolgte Aktion „Festigung“ völlig überflüssig – von ihr waren etwa 30 Familien allein in Dömitz betroffen. Eine Woche nach der Aktion schätzten die Parteisekretäre der Stadt ein, daß „seit dem 13. August 1961 die gesellschaftliche Aktivität der Bürger stark zugenommen hat, insbesondere beim Besuch von Versammlungen“. Besonders Teile des Mittelstandes, „die sonst nie am gesellschaftlichen Leben teilnahmen“, versuchten jetzt den Anschein zu erwecken, schon immer „treu zur Arbeiter- und Bauernmacht“ gestanden zu haben.¹²²

Die Flucht über die innerdeutsche Grenze war besonders an der Elbe auch durch die starke Strömung mit einem tödlichen Risiko verbunden, und trotzdem wurde sie immer wieder zu jeder Jahreszeit gewagt – bis in die 80er Jahre.

Heute liegt Dömitz wieder mitten in Deutschland. Die fast 760-jährige Stadt wird von zwei Flüssen, der Elbe und der Löcknitz, tangiert und von zwei Armen des Elbeseitenkanals durchflossen. Sie verfügt über eine im 13. Jahrhundert angelegte Festung, in der Fritz Reuter einen Teil seiner Festungshaft verbüßt hat. Es gibt einen Fracht- und einen Sportboothafen. Ende 1992 wurde die neu gebaute Straßenbrücke an der Bundesstraße 191 zwischen Ludwigslust und Uelzen eingeweiht, die Eisenbahnbrücke ist noch zerstört.

Obwohl am Hafen ein modernes Wohngebiet entstanden ist, macht der Ort einen verlassen Eindruck. Viel Bausubstanz ist marode. Vier einst markante Gebäude stehen leer und ungenutzt und sind vom Vandalismus bedroht: das Kino, ein ehemaliges Karstadt-Kaufhaus im Zentrum der Stadt, das Amtsgerichtsgebäude und das unter Denkmalschutz stehende, älteste zweigeschossige Fachwerkhäus. Es fehlt der nunmehr weniger als 3.000 Einwohner zählenden Stadt an Investoren, z. B. für einen geplanten Hotelneubau am Hafen.

Die zwischen Dresden und Hamburg pendelnden Passagierschiffe legen im Hafen nur für wenige Stunden an. Auch andere Touristen beschränken ihren Ausflug auf den Besuch der Festung und suchen ihr Quartier meist westlich der Elbe. Dort sind moderne Einkaufszentren, Freizeiteinrichtungen und Ferienanlagen entstanden.

¹²¹ Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, 13/219, Bl. 14 ff.
¹²² Ebenda, BdVP, 13.1, Nr. 11, Bl. 62.

1993 war die Zahl der Einwohner kurzzeitig auf unter 2.800 abgesunken. In den letzten Jahren konnte das Sinken der Einwohnerzahlen gestoppt werden. Die extrem hohe Zahl leerstehender Wohnungen führte schließlich zu gelenkten Zuzügen.

Entwicklung der Einwohnerzahlen der Stadt Dömitz

Jahr	Einwohnerzahl
1950	4.792
1952	5.056
1958	4.000
1964	3.895
1970	3.895
1973	3.574
1975	3.615
1981	3.455
1985	3.336
1989	3.324
1992	2.819
1993	3.053
1994	2.923
1995	2.960

7. Empfehlungen

7.1. Unrechtsbereinigung

7.1.1. Rehabilitierung

Allen tatsächlich unter entwürdigenden Bedingungen aus ihrem Heimatort im definierten Grenzgebiet zwangsweise aus- und im Hinterland zwangsweise angesiedelten Personen, die diskreditiert oder diskriminiert worden sind, muß in Analogie zur Haftentschädigung ein Rechtsanspruch auf eine einmalige finanzielle Zuwendung eingeräumt werden, der ihnen damit auch eine Rehabilitierung gesetzlich garantiert. Die einmalige finanzielle Zuwendung sollte ab einem Stichtag vererbbar sein.¹²³

¹²³ Um den Vorwurf zu entkräften, auf eine „biologische Lösung“ gesetzt zu haben.

7.1.2 Gesundheitliche Beeinträchtigung

Es muß dafür gesorgt werden, daß posttraumatische Belastungsstörungen an Opfern politisch bedingter Zwangsumsiedlung in der DDR wissenschaftlich untersucht werden. Den für die Anerkennung der gesundheitlichen Beeinträchtigung zuständigen Behörden muß kurzfristig Informationsmaterial zur Verfügung gestellt werden, welches auf die Besonderheiten der Zwangsausiedlungen hinweist: Angstzustände durch ein ungewöhnliches traumatisches Ereignis ohne Vorliegen eigenen Verschuldens, Angst bei evtl. Therapie durch Psychiater, die nach den tabuisierten Ursachen der Zustände gefragt hätten, das Fehlen heilsamer Faktoren (Sinnfindung, Sozialisierung, Endgültigkeit des Schicksals und somit kein Licht am Ende des Tunnels).

7.1.3 Vermögensrechtliches

Die Bestimmungen des VermG tragen zur inneren Spaltung unseres Landes bei, auch durch das Fehlen von Ausschlußklauseln und weil es nicht nach politischen Gründen fragt, die zum Vermögensverlust geführt haben. Da Tausende bestandskräftige vermögensrechtliche Entscheidungen nicht mehr rückabgewickelt werden können, sollten für verfolgungsbedingte Vermögensverluste Änderungen herbeigeführt und für bereits abgewickelte Verfahren Rückzahlungen aus dem Entschädigungsfonds vorgenommen werden.

Wer aus der DDR geflüchtet ist, weil er politisch verfolgt worden ist, besitzt darüber einen Nachweis. Andere Nachweise ergeben sich aus dem 1. und dem 2. SED-UnBerG. Nur bei vermögensrechtlichen Folgeansprüchen aus einem SED-UnBerG dürften keine Ausschlußklauseln Anwendung finden, solange diese im VermG selbst fehlen.

Für den Ausgleich von Vermögensverlusten, die durch politische Verfolgung entstanden sind, sollte folgendes gelten:

- I. Entschädigung soll nur für das zurückgezahlt werden, was auch restituiert werden kann.
- II. Bei Restitution sind entweder Wertminderungen (wie sie im Entwurf des 2. SED-UnBerG vorgesehen waren) zu berücksichtigen oder – wie bei den Investitionen – Abschreibungen anzurechnen.

Bei Berücksichtigung von Wertminderungen wären zu ändern:

1. In § 7 VwRehaG (Eingriffe in Vermögenswerte) ist als Abs. 2 aufzunehmen: „Wurde durch eine sonstige Maßnahme nach § 1 in einen in Abs. 1 genannten Vermögenswert eingegriffen und an diesem eine Wertminderung verursacht, so besteht ein Anspruch auf Wertausgleich, dessen Höhe sich nach den bewertungsrechtlichen Vorschriften richtet.“

2. Abs. 2 wird zu Abs. 3.

3. Der Wortlaut von § 2 Abs. 4 des VwRehaG Satz 1 („Bei den Folgeansprüchen sind auf Grund desselben Sachverhalts erbrachte andere Ausgleichsleistungen zu berücksichtigen, soweit diese tatsächlich zugeflossen sind“) ist abzuändern in: „Bei den Folgeansprüchen sind auf Grund desselben Sachverhalts erbrachte andere Ausgleichsleistungen zu berücksichtigen, sofern der Wert zurückgegeben werden kann. Durch Vermögenssteuer abgeflossene Beträge sind abzuziehen.“

7.2. Leben im Grenzgebiet

Die Gebiete diesseits und jenseits der ehemaligen Zonengrenze haben sich einerseits durch die Zonenrandförderung und andererseits durch das Grenzregime gegenläufig entwickelt. Es muß untersucht werden, ob Orte im ehemalige DDR-Grenzgebiet unter dem Grenzregime besonders stark gelitten haben und evtl. eine Förderung erfolgen.

7.3. Finanzierung

Die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet sind eindeutig auf Weisungen des Politbüros des ZK der SED zurückzuführen. Die SED-Führung hat 1952 die Weisungen der Sowjets sowohl hinsichtlich des Aussiedlungsgebietes als auch des vorgesehenen Personenkreises weit überzogen. Deshalb sollte das SED-Parteivermögen zur Finanzierung mit herangezogen werden.

Die Fälligkeit der Auszahlung der einmaligen finanziellen Zuwendung, könnte wie bei den Vertriebenen auf spätere Jahre festgesetzt werden. Als weitere Möglichkeit kommt in Betracht der großen Defizite im Bundeshaushalt auch der Weg über eine Stiftung oder über die jeweiligen Länder in Frage.

Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (der DDR)
AROV	Amt zur Regelung offener Vermögensfragen
BEL	Bezirkseinsatzleitung
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BdVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BdZ	Bund der Zwangsausgesiedelten e.V. in Erfurt
BV	Bezirksverwaltung (des MfS der DDR)
DA	Deutschland Archiv

DGP	Deutsche Grenzpolizei
EALG	Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz
EVG	Europäischer Verteidigungsgemeinschaft
FVZ	Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V. in Schwerin
HO	Handelsorganisation
HVDVP	Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
KG	Kampfgruppen der Arbeiterklasse
KEL	Kreiseinsatzleitung
LAG	Lastenausgleichsgesetz
MdI	Ministerium des Innern (der DDR)
MDN	Mark Deutscher Notenbank (der DDR)
MTS	Maschinen- und Traktoren-Station
ND	Neues Deutschland
NVA	Nationale Volksarmee
NVR	Nationaler Verteidigungsrat
ÖLB	Örtlicher Landwirtschaftsbetrieb
PTSD	Posttraumatische Belastungsstörungen
RTS	Reparatur-Technische Station
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
UnBerG	Unrechtbereinigungsgesetz
VEG	Volkseigenes Gut
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Investitionsrecht
VP	Volkspolizei
ZK	Zentralkomitee der SED

Literaturverzeichnis

- Thomas Auerbach: Analysen und Berichte, Vorbereitung auf den Tag X, Die geplanten Isolierungslager des MfS, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hrsg.): Reihe B, Nr. 1/95.
- Werner Barm: Totale Abgrenzung, Stuttgart 1971.

- Inge Bennewitz/ Rainer Potratz: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Berlin 1994.
- Inge Bennewitz: Rehabilitierung und Entschädigung der Zwangsausgesiedelten in der DDR, in: Deutschlandarchiv (DA), 27 (1994), S. 461-470.
- Dies.: Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer von Zwangsaussiedlungen in der DDR, in: Zeitschrift für Vermögens- und Investitionsrecht (VIZ), 4 (1994), S. 117 – 120.
  - Dies.: Auswirkungen des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes auf die Zwangsausgesiedelten, in: VIZ, 6 (1996), S. 194-201.
  - Dies.: Die beiden Zwangsaussiedlungsaktionen 1952 und 1961, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR, Berlin 1996, S. 361-369.
  - Dies.: Zwangsaussiedlungen, in: Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke, Dorothea Wilms (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn u. a. 1996, S. 734-735.
- Gerhard Bley: Zwangsaussiedlungen in der ehemaligen DDR, in: VIZ, 2 (1992), S. 219-224.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Die Sperrmaßnahmen der DDR vom Mai 1952, Bonn 1987.
- Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Mitten in Deutschland, Mitten im 20. Jahrhundert, Bonn u. a. 1964.
- Norbert Fuchs: Billmuthausen – Das verurteilte Dorf, Hildburghausen 1991.
- Udo Gentzen/Karin Wulf: „Niemand wußte, wohin wir gebracht werden“ – Zwangsausgesiedelte berichten über ihr Schicksal, Hagenow u. a. 1993.
- Jörg Kürschner: Zwangsausgesiedelte fordern Rehabilitierung und Entschädigung, DA 24 (1991), S. 570-572.
- Ulrich Mählert, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37-38/9, S. 38.
- Andreas Märker: Psychische Folgen politischer Inhaftierung in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/95 (1995), S. 30-38.
- Ders./Matthias Schützwohl: Posttraumatische Belastungsstörungen nach politischer Inhaftierung in der DDR, in: Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt in Sachsen-Anhalt u. a. (Hrsg.): Zur medizinischen, psychologischen und politischen Beurteilung von Haftfolgeschäden nach 1945 in Deutschland, Magdeburg 1995, S. 83-93.
- Klaus Märker: Rückübertragungsansprüche von Zwangsausgesiedelten nach dem Vermögensgesetz?, in: VIZ, 4 (1994), S. 115-116.
- Norbert MoczarSKI: Archivalische Quellen über die Vorbereitung und Durchführung der Zwangsaussiedlungen zu Beginn der 50er Jahre in Südhüringen, in: Jahrbuch 1992 des Hennebergisch-Fränkischen Geschichtsvereins, Kloster Veßra u. a. S. 135-141.
- Klaus Müller: Die Lenkung der Strafjustiz durch die SED-Staats- und Parteiführung der DDR am Beispiel der Aktion Rose, Frankfurt am Main u. a. 1995.
- Rainer Potratz: Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR, in: Werkstatt Geschichte, 1 (1992), S. 15-26.
- Ders.: Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik im Mai/Juni 1952, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Grenzland. Beiträge zur Geschichte der deutsch-deutschen Grenze, Hannover 1993.
  - Ders.: „... zur Entfernung deklassierter Elemente ...“ Die Ausweisungen aus den Uranbergbaukreisen 1952 – 1954, in: Rainer Karlsch/Harm Schröter (Hrsg.): „Strahlende Vergangenheit“, Sankt Katharinen 1996, S. 209-227.

- Stefan Priebe/Doris Dennis/Abt. für Sozialpsychiatrie der Freien Universität Berlin (Hrsg.): Psychische Störungen nach politischer Inhaftierung in der DDR, Berlin 1996.
- Ilona Rothe: VERRATEN, VERTRIEBEN, VERKAUFT, VERHÖHNT – Dokumente . Tatsachen . Hintergründe zur Aktion „Ungeziefer“ „Kornblume“, Erfurt 1992.
- Ilona Rothe: Bund der Zwangsausgesiedelten, Erfurt 1992.
- Ilona Rothe/Lutz Jödicke: Zwangsaussiedlungen in Deutschland. Erlebnisberichte, Dokumente, Erfurt 1992.
- Thomas Scholze/Falk Blask: Halt! Grenzgebiet! Leben im Schatten der Mauer, Berlin 1992.
- Andreas Thorun: Juni 1952 – Die Zwangsaussiedlungen in Westmecklenburg 1952 unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Hagenow. Schriftenreihe des Museums der Stadt Hagenow 1992.
- Otto Wenzel: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR. 1960 bis 1989, Köln, 1995.
- Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht,

Zusammenfassung

1952 wurde im Gebiet an der innerdeutschen Grenze auf sowjetische Weisung ein Sperrgebiet errichtet, das mit Ausnahme weniger Orte bis 1989 bestand. Die Infrastruktur wurde zerstört, eine Vielzahl offener Vermögensfragen verursacht, die Gebäudesubstanz verfiel stärker als anderswo, und die Einwohnerzahl sank dramatisch. Viel Grundbesitz in unmittelbarer Grenznähe wurde enteignet und kann heute in der Regel nach dem Mauergrundstücksgesetz für 25% des Verkehrswertes zurückerworben werden. Das Grenz-Regime hat Tote und Verletzte, Haftopfer und Zwangsaussiedlungen zur Folge gehabt.

Zwei große Zwangsaussiedlungsaktionen wurden durchgeführt: „Ungeziefer“ 1952 und „Festigung“ 1961. Davon betroffen waren 2,4% bzw. 1% der Grenzbevölkerung (etwa 12.000 Menschen), daneben gab es von 1952 bis 1988 Einzelfälle. Die unschuldigen Opfer wurden diskreditiert, diskriminiert, von Polizei und MfS observiert, und ihr Leben wurde reglementiert. Durch die Umstände ihrer Vertreibung und Ansiedlung wurde ihre menschliche Würde verletzt. Viele Opfer der Zwangsaussiedlungen wurden enteignet und mußten berufliche Benachteiligungen hinnehmen. Nicht wenige haben gesundheitlichen Schaden genommen, vor allem psychischer Art – durch posttraumatische Belastungsstörungen (PTSD), an denen auch viele Opfer politischer Inhaftierung erkrankt sind. Heilsame Faktoren für PTSD (bei Haftopfern im Gegensatz zu Opfern politischer Zwangsumsiedlung wissenschaftlich untersucht), wie eine Sinnfindung, eine anschließende gute soziale Integration und „Licht am Ende des Tunnels“, konnten den Zwangsausgesiedelten nicht zugutekommen. Viele sind an der (scheinbaren) Endgültigkeit eines sinnlosen, tabuisierten Schicksalsschlages seelisch zerbrochen.

Sämtliche Rechtsansprüche der Zwangsausgesiedelten werden im 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (UnBerG) geregelt. Dieses ist erst Mitte 1994 in Kraft getreten und mit dürftigen Leistungen ausgestattet. Eine Rehabilitierung

erfolgt nur, wenn die Folgen der als mit „tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaates schlechthin unvereinbaren“ anerkannten Zwangsaussiedlung noch „schwer und unzumutbar fortwirken“. Vor allem Ansprüche wegen gesundheitlicher Beeinträchtigung sind schwer durchzusetzen, weil das Ereignis sehr lange zurückliegt, der Gesundheitsschaden meist psychischer Art ist, dieser aber zu DDR-Zeit als solcher infolge der Tabuisierung nicht aktenkundig gemacht werden konnte, PTSD an Opfern politischer Zwangsumsiedlung wissenschaftlich kaum untersucht ist und bei Zwangsausgesiedelten wahrscheinlich durch Unkenntnis der Hintergründe unterbewertet wird.

Demgegenüber sind Folgeansprüche vermögensrechtlicher Art relativ leicht durchzusetzen. Die Restitution erfolgt stets nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG), das eigentlich dazu gedacht war, „teilungsbedingte“ Vermögensverluste auszugleichen, die u. a. „Flüchtlinge hinnehmen mußten“. Es fragt nicht nach den politischen Ursachen, die zum Vermögensverlust geführt haben und ist 1992 entscheidend zum Nachteil der Alteigentümer verändert worden. Durch das Zusammenwirken von VermG, dem späten Greifen des 2. SED-UnBerG und vor allem dessen § 2 Abs. 4 (Art. 1) ergeben sich bei Restitutionsfällen von Zwangsausgesiedelten sehr unterschiedliche Konstellationen – eine als „gerecht“ empfundene – Rehabilitation und Rückzahlung von Entschädigung nur für das, was tatsächlich restituiert wird – gibt es kaum: Es kann oft nicht rehabilitiert werden, weil die Folgen 1994 nicht mehr „fortwirkten“, oder/und nach Ausstellung einer Rehabilitationsurkunde entstehen bei Restitution u.U. unvertretbar hohe Rückzahlungsforderungen. Die Ursachen dafür rühren z. T. aus DDR-Zeit (hohe Preise für nicht mehr vorhandenes Inventar, niedrige für Boden, Vorherrschen kleiner Höfe, Gebäudeabriß aus Sicherheitsgründen) und konnten vom Gesetzgeber kaum überblickt werden. Da das VermG im Gegensatz zum 2. SED-UnBerG keine „Ausschlußklauseln“ enthält, kann bei einem Kriegsverbrecher, dessen Vermögensverlust „teilungsbedingt“ war, theoretisch restituiert werden, da sein Anspruch nur dem VermG unterliegt; einem Opfer des SED-Regimes dagegen, das in der DDR „in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil mißbraucht hat“, kann die Restitution (bzw. Entschädigung) verweigert werden. Weil die Zwangsaussiedlung tief in das Leben der Opfer eingegriffen hat, sehr viele aber nicht rehabilitiert werden können, haben zwei Interessenvereine (BdZ und FVZ) für jedes Opfer eine einmalige finanzielle Zuwendung gefordert – analog zur Haftentschädigung für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden –, die mit einer Rehabilitation verbunden wäre. Bisher vergeblich.